



# Die Transformation von Umwelt- und Ressourcenkonflikten

Erfahrungen des Zivilen Friedensdienstes in Ecuador



- 3 **Vorwort**  
Jürgen Wilhelm, Lothar Rast
- 4 **Das ZFD-Programm des DED Ecuador**  
**Überblick**  
Annekathrin Linck, Alejandro Christ
- 8 **Der nationale Bergbaudialog in Ecuador:  
Ein neuer Weg der Konflikttransformation in der Andenregion?**  
**Bergbaukonflikte**  
Annekathrin Linck
- 12 **Indigene Einheit in der Vielfalt im Amazonas-Regenwald**  
**Konflikte in indigenen Territorien**  
Volker Frank
- 16 **Die Escuela de Derechos leistet Prävention auf lange Sicht**  
**Erdölkonflikte**  
Mirjam Mahler
- 20 **Die Schaffung von Naturschutzgebieten muss den Interessen der betroffenen  
Bevölkerung Rechnung tragen**  
**Naturschutzkonflikte 1**  
Arturo Jiménez
- 26 **Der Weg von der Gewalt hin zur Zusammenarbeit**  
**Naturschutzkonflikte 2**  
Patricio Cabrera, Juan Dumas
- 31 **Auf ein paar Liter mehr oder weniger kommt es an**  
**Wasserkonflikte**  
Martha Galarza, Alejandro Christ
- 34 **Das Lateinamerikanische Forum zur Transformation von Umwelt- und Ressourcenkonflikten**  
**Fachveranstaltung**  
Volker Frank, Alejandro Christ
- 36 **Die Zunahme der Umweltkonflikte in Lateinamerika als Herausforderung für die personelle  
Entwicklungszusammenarbeit**  
**Ausblick**  
Lothar Rast

Der Zugang zu, der Besitz von und die Nutzung natürlicher Ressourcen spielen eine wichtige Rolle in zahlreichen Konflikten. Die Verknappung von lebenswichtigen Ressourcen wie Land und Wasser, gewaltsame Auseinandersetzungen um die Förderung von nicht-erneuerbaren Ressourcen wie Mineralien und Erdöl, aber auch die Folgen des Klimawandels und die damit verbundene Veränderung natürlicher Lebensräume prägen den Alltag in vielen Partnerländern des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED). Oft sind jedoch weder die zivilgesellschaftlichen noch die staatlichen Akteure auf diese Konfliktivität vorbereitet. Das vorliegende Fachheft fokussiert gerade auf die Konfliktivität von Umwelt- und Ressourcenfragen und zeigt die steigende Relevanz von Themen wie Klimawandel, konfliktive Ressourcennutzung und Umweltschäden für die zivile Konfliktbearbeitung am konkreten Beispiel Ecuador auf.

Wie die Beiträge zeigen, stehen Umwelt- und Ressourcenkonflikte in engem Zusammenhang mit ethnischen, sozialen, politischen und territorialen Konflikten. Häufig entstehen sie in Ländern, in denen ungleiche Machtverhältnisse bestehen und der Staat nur bedingt seine Kontrollfunktion wahrnimmt. Wie aber kann Gewalt vermieden werden? Welchen Beitrag können Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung zur Prävention oder Deeskalation von Umwelt- und Ressourcenkonflikten leisten? Welche Instrumente können zur Bearbeitung dieser Konflikte eingesetzt werden? Diese und andere Fragen leiten die folgenden Erfahrungsberichte, die den Beitrag des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) zur gewaltfreien Bearbeitung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten darstellen. Die vorgestellten Ansätze reichen von der Stärkung von Dialogprozessen über die verbesserte Nutzung des Rechtssystems bis hin zu lokalen Mediations- und Schlichtungsangeboten.

Diese konkreten Erfahrungen mit Methoden und Mechanismen der konstruktiven Bearbeitung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten sollen mit Hilfe dieses Fachheftes einem breiten nationalen wie internationalen Fachpublikum zur Verfügung gestellt werden und eine weitere Facette der Diskussion um Anpassungsstrategien an den Klimawandel aufzeigen.



Dr. Jürgen Wilhelm,  
Geschäftsführer des DED



Dr. Lothar Rast,  
Landesdirektor des DED Ecuador

Dr. Jürgen Wilhelm,  
Geschäftsführer des DED

Dr. Lothar Rast,  
Landesdirektor des DED Ecuador



Quelle: Alejandro Christ/SERPJA

Peeeece! Schulkinder auf einer Veranstaltung der Partnerorganisation SERPAJ zum Tag der Gewaltfreiheit.

## Das ZFD-Programm des DED Ecuador Überblick

von Annekathrin Linck und Alejandro Christ

**Bürgerkriege spielten in Ecuador nie eine Rolle, und wenn von den lateinamerikanischen Militärdiktaturen die Rede ist, wird Ecuador so selten erwähnt, dass vielen Menschen gar nicht bekannt ist, dass Militärjuntas das Land zwischen 1972 und 1979 regierten. Auch wenn Ecuador im Vergleich zu seinen Nachbarn Kolumbien und Peru keine blutigen Phasen des Bürgerkriegs durchleben musste, so offenbart das Land doch einige bedenkliche Konfliktpotentiale.**

Ecuador gibt immer wieder Beispiele in seiner Geschichte, die Zeugnis darüber ablegen, dass dieses Land einen instabilen institutionellen Rahmen aufweist. Seit seiner Gründung 1830 bis heute hat sich der Staat durchschnittlich alle neuneinhalb Jah-

re eine neue Verfassung gegeben. Im selben Zeitraum regierten 80 Präsidenten, was einen Schnitt von fünf Präsidenten pro Dekade ergibt. In den letzten zehn Jahren hat sich diese politische Instabilität verschärft: Die Regierungszeit eines Staatsober-

hauptes lag bei durchschnittlich einem Jahr. Noch mehr Wechsel haben einzelne Ministerien, allen voran Finanz- und Energieministerium, zu verzeichnen. Gemeinsam mit dieser fragilen Staatlichkeit, haben Korruptionsvorwürfe und ein klienteli-

stisches Politikverständnis die soziale Ungleichheit in Ecuador in den letzten Jahren verschärft. Politische Akteure genießen wenig Vertrauen seitens der Bevölkerung, da sie weder Rechtsstaatlichkeit gewährleisten noch die sozialen Interessen der Bevölkerung durchsetzen. Staatliche Mechanismen zur Absicherung sozialer Grundbedürfnisse funktionieren oft nur unzureichend. So kommt es zunehmend zu Konflikten, die häufig gewalt- sam ausgetragen werden und die durch die Verletzung elementarer Rechte, vor allem der indigenen Bevölkerung, geprägt sind.

In Ecuador gibt es, wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern auch, ein hohes Potential sozialer Gewalt. Ein defizitäres Justizsystem und soziale Desintegrationsprozesse verhindern eine wirksame Bekämpfung dieser Gewalt. Die Abwesenheit staatlicher Strukturen in einigen Regionen und Zustände von Rechtlosigkeit führen immer wieder zu Fällen der Ausübung von Lynchjustiz und dem Aufbau privater Justizsysteme, die teilweise die offizielle Justiz ersetzen und oft unkontrollierte Rechtsverletzungen begehen.

### *Konfliktfelder*

In Ecuador nehmen die Umwelt- und Ressourcenkonflikte zu, da die Interessen an der Nutzung der natürlichen Ressourcen sehr unterschiedlich sind, und die aktuelle Nutzung oft zu großen Umweltbelastungen führt. Neben dem Erdöl sind weitere wichtige Naturressourcen, an deren Ausbeutung auch ausländische Konzerne beteiligt sind, Holz und Bodenschätze wie Gold und Kupfer. Verschärfend auf die Konflikte wirken oft un-

zureichende Gesetzesbestimmungen bzw. deren unzulängliche Umsetzung sowie Territorialansprüche indigener Völker – die ihr Selbstbestimmungsrecht in ihren angestammten Territorien verteidigen. Unklare Landbesitzverhältnisse, die mangelnde Transparenz politischer Entscheidungen sowie fehlende Partizipationsmöglichkeiten lokaler Bevölkerungsgruppen schaffen zusätzliches Konfliktpotential.

An der Nordgrenze Ecuadors ist durch den Konflikt in Kolumbien die Sicherheitssituation besonders prekär. Dort sind teilweise rechtsfreie Räume entstanden mit illegalem Schmuggel und Drogenhandel. Die kolumbianischen Konfliktparteien tragen ihre Konflikte immer wieder auf ecuadorianischem Boden aus, was nicht nur zu politischen Krisen zwischen den beiden Ländern führt, sondern auch die Sicherheitssituation in der Grenzregion verschlechtert und die Flüchtlingszahlen ansteigen lässt.

### *Handlungsfelder des ZFD Ecuador: Partnerorganisationen und Projekte*

Auf Grundlage einer umfassenden Konfliktanalyse hat der DED Ecuador sein Engagement im Rahmen des im Jahr 2005 angelaufenen Programms des Zivilen Friedensdienstes sowohl auf die Bearbeitung struktureller Ursachen bestehender Konflikte als auch auf die Stärkung von Mechanismen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung ausgerichtet. *Krisenprävention* war von Anfang an ein zentrales Anliegen (mehr als Konfliktnachsorge). Das ZFD-Programm konzentriert sich dabei auf zwei Handlungsfelder: erstens die Regelung

von Umwelt- und Ressourcenkonflikten sowie zweitens das Menschenrechtsmonitoring. Der Arbeitsschwerpunkt wird künftig auf der ersten Komponente liegen, die in den Beiträgen zu diesem Fachheft ausführlich dargestellt wird.

Nachfolgend werden die einzelnen Partnerorganisationen sowie die unterstützten Projekte vorgestellt.

### **Bearbeitung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten mit Schwerpunkt auf Erdölkonflikten**

#### *Plataforma de Acuerdos Socio-Ambientales (PLASA)*

Das ecuadorianische Netzwerk für den Austausch und Bearbeitung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten PLASA konstituierte sich im Jahr 2001. Dem Netzwerk gehören zurzeit 24 Organisationen der Zivilgesellschaft (NRO und Universitäten) sowie das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP an. Es versteht sich als permanente Dialogplattform, die der Analyse und Systematisierung von Erfahrungen und

Teilnehmerinnen an dem von UNIFEM ausgerichteten internationalen Treffen "Indigene Frauen und Traditionsrecht" in Quito.





Informationen dient. Des Weiteren werden gemeinsam Konzepte und Methoden zur Bearbeitung sozio-ökologischer Konflikte entwickelt. Der DED unterstützte das Netzwerk durch den Einsatz zweier Fachkräfte zwischen den Jahren 2005 und 2008. Diese berieten sowohl den Aufbau thematischer Arbeitsgruppen zu spezifischen Konfliktfeldern wie Bergbau und Wasser als auch die Neuausrichtung der Kommunikationsstrategie des Netzwerkes.

Website: [www.plasa-ecuador.net](http://www.plasa-ecuador.net)

#### *Centro sobre Derecho y Sociedad (CIDES)*

Das Zentrum für Recht und Gesellschaft CIDES wurde 1987 in Quito gegründet. Eines der Hauptanliegen der Nichtregierungsorganisation ist die Verbesserung des ecuadorianischen Rechtssystem und der Rechtsstaatlichkeit. Um marginalisierten Gruppen wie Afroecuadorianern oder Indigenen zu ihrem Recht zu verhelfen, setzt CIDES stark auf die Verbreitung alternativer Mechanismen zur Konfliktklärung und auf die Ausbildung von Mediatoren. Von 2007 bis 2009 beriet eine Fachkraft des ZFD die Partnerorganisation bei der Durchführung von Fortbildungsprogrammen mit Vertretern indigener Organisationen und staatlicher Institutionen im Amazonasgebiet. Auf dem Lehrplan stehen Themen wie Umwelt, Kollektivrechte und alternative Methoden der Konfliktbearbeitung, vor allem Mediation. Gleichzeitig wurde eine Kommunikationsstrategie für die Organisation entwickelt.

Website: [www.cides.org.ec](http://www.cides.org.ec)

#### *Fundación Futuro Latinoamericano (FFLA)*

Die Stiftung ‚Lateinamerikas Zukunft‘ FFLA hat es sich seit 1993 zum Ziel gesetzt, Dialogprozesse zu fördern, die langfristig politische Veränderungen für eine nachhaltige Entwicklung bewirken. Außerdem ermöglicht die Organisation Lernprozesse und macht diese bekannt, um kollektives Wissen zu generieren und Kapazitäten zu stärken. Um ihre Ziele zu erreichen, bedient sich die Stiftung zweier zentraler Instrumente: Politikdialog und Konfliktmanagement. Diese finden ihren Niederschlag in den FFLA-Programmen Gute Regierungsführung und Nachhaltige Entwicklung und im Programm Prävention und Management von Umwelt- und Ressourcenkonflikten. Seit Mitte 2007 unterstützt eine Friedensfachkraft ein Programm der FFLA zum Aufbau von Dialogstrukturen zwischen indigenen Völkern und staatlichen Stellen in Bezug auf Themen wie Konflikte um die Erdölförderung und das Management natürlicher Ressourcen in indigenen Territorien.

Website: [www.ffla.net](http://www.ffla.net)

#### **Menschenrechtsmonitoring**

##### *Servicio Paz y Justicia (SERPAJ): Förderung der Friedenskultur in ecuadorianischen Schulen*

Die internationale Menschenrechtsorganisation SERPAJ hat ein friedenspädagogisches Konzept entwickelt, mit dessen Umsetzung der zunehmenden Gewaltbereitschaft auf allen gesellschaftlichen Ebenen ‚von der Schulbank aus‘ entgegengewirkt

werden soll. Zielgruppe sind die Lehrerinnen und Lehrer insbesondere des staatlichen Schulsystems, denen erzieherische Methoden vermittelt werden, die geeignet sind, eine Kultur des Friedens in den Schulen zu fördern.

Damit das pädagogische Konzept auch in der Praxis Anwendung finden kann, wurden mit Unterstützung einer DED-Friedensfachkraft diverse didaktische Materialien erarbeitet, wie ein virtueller friedenspädagogischer Werkzeugkoffer (CD-ROM), ein Leitfaden für die partizipative Erstellung von schulischen *códigos de convivencia* (Vereinbarungen zur besseren Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schülern und Lehrern) und ein Brettspiel, bei dem der gesamte Klassenverband mitspielen kann.

Der DED unterstützte SERPAJ von 2005 bis 2008 neben der Friedensfachkraft auch mit einer Entwicklungsstipendiatin beim Aufbau eines Netzwerkes von Friedenserziehern. Gegenwärtig unterstützt eine einheimische DED-Fachkraft das Projekt bei der Ausbildung von Multiplikatoren, die das friedenspädagogische Konzept und die didaktischen Materialien insbesondere in der Grenzregion zu Kolumbien weiterverbreiten sollen. Das Projekt der Friedenskultur in Schulen ist durch seine innovativen Methoden sehr erfolgreich und wird einen wichtigen Beitrag bei der Reform des Bildungssystems in Ecuador leisten können. Die zeigt sich an dem Interesse des Bildungsministeriums, vor allem das Instrument *códigos de convivencia* an allen Schulen einzuführen und umzusetzen.

Eine weitere DED-Friedensfachkraft berät SERPAJ seit Januar 2009 im Bereich Konfliktsensibilität. Unter anderem erarbeitet diese ein Serviceangebot, um den Aspekt Konfliktsensibilität besser in die Arbeit der Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren.

Website: [www.serpaj.org.ec](http://www.serpaj.org.ec)

*United Nations Development Fund for Women (UNIFEM): Verbesserung der Rechtssicherheit indigener Frauen in der indigenen und staatlichen Justiz*

Aufgrund gewachsener Ungleichheiten sind Frauen in fast allen gesellschaftlichen Bereichen Ecuadors besonders benachteiligt. Vor allem die armen und indigenen Frauen in ländlichen Gebieten sind von Armut, ungleicher Einkommensverteilung, sexueller Diskriminierung, Rassismus und direkten Gewalttaten betroffen. Die Gewalt gegen Frauen ist alltäglich und fest verwurzelt, so dass sie bislang weder von der Gesellschaft noch von staatlichen Stellen als Verstoß gegen die Menschenrechte wahrgenommen und als solche geahndet wird. Ziel des Engagements des Zivilen Friedensdienstes in UNIFEM ist es, ein Bewusstsein für die Gewalt gegen Frauen und Möglichkeiten der gewaltlosen Konfliktbearbeitung besonders in der andinen Bevölkerung zu schaffen. Darüber hinaus wird die Verbesserung der Gesetzgebung zum Schutz des Rechts der Frauen auf ein gewaltfreies Leben sowie insbesondere die Verbesserung der lokalen Rechtssicherheit indigener Frauen unter Berücksichtigung sowohl des westlichen als auch des indigenen Traditionsrechts angestrebt.

Eine DED-Friedensfachkraft unterstützte von 2006 bis 2009 das UNIFEM-Büro in Quito, das für sämtliche Länder der Andenregion – Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Bolivien und Peru – zuständig ist. Sie war verantwortlich für kohärente Planung und Durchführung der Projekte in den Ländern sowie deren Monitoring und die Entwicklung neuer Projektentwürfe. Gemeinsam mit der Partnerorganisation unterstützte sie Aktivitäten von Regierungen und Organisationen der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf nationaler und regionaler Ebene.

Website: [www.unifemandina.org](http://www.unifemandina.org)

*Frente Ecuatoriano de los Derechos Humanos (FEDHU): Fortbildung und Wahrheitskommission*

Der Dachverband lokaler Menschenrechtskommissionen FEDHU macht vor allem durch Sicherheitskräfte auf lokaler Ebene begangene Menschenrechtsverletzungen publik, und bietet Fortbildungen in Menschenrechtserziehung an, in erster Linie für Jugendliche. Eine Friedensfachkraft unterstützte 2008 über mehrere Monate den Dachverband durch Fortbildungsveranstaltungen vor allem zu alternativer Konfliktbearbeitung.

Weiterhin wurde auch die von FEDHU unterstützte, neugegründete Wahrheitskommission beraten, welche Menschenrechtsverletzungen durch ecuadorianische Sicherheitskräfte in den letzten 30 Jahren untersucht.

Website: [www.fedhu.org](http://www.fedhu.org)



Quelle: [coveredad.org.ec](http://coveredad.org.ec)

*Annekathrin Linck ist Diplom-Soziologin und koordinierte von 2005 bis 2009 das ZFD-Programm des DED Ecuador.*

*Alejandro Christ ist Sozialpädagoge und Diplom-Entwicklungspolitologe und war von 2000 bis 2009 für den DED in Ecuador tätig. Ab 2005 arbeitete er im ZFD-Programm, erst als Fachkraft in der Partnerorganisation SERPAJ, dann als Programmberater für Wissensmanagement.*

Ortsbegehung im Rahmen der Untersuchungen der Wahrheitskommission. In dieser geheimen Zelle wurde Mireya Cárdenas (links im Bild), Angehörige der Gruppe Alfaró Vive Carajo, unter der Regierung Fébres Cordero festgehalten und gefoltert.



Quelle: Christopher Canaday / lifanbi.gov

In der El Cóndor-Kordillere sind das Shuar-Volk und einzigartige Tier- und Pflanzenarten beheimatet. Gleichzeitig werden auch erhebliche Kupfer- und Goldvorkommen dort vermutet.

## Der nationale Bergbaudialog in Ecuador: Ein neuer Weg der Konflikttransformation in der Andenregion? Bergbaukonflikte

von *Annekathrin Linck*

**Bergbaukonflikte in verschiedenen Regionen Ecuadors machten Ende 2006 wochenlang Schlagzeilen. Diese Situation hatte Auswirkungen auf die politische Agenda der gerade neu gewählten Regierung.**

Im November 2006 mussten die Explorationsarbeiten der Bergbaufirma Ascendant Copper in der Region Intag im Norden Ecuadors unterbrochen werden, nachdem es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der lokalen Bevölkerung und den privaten Sicherheitskräften der Fir-

ma gekommen war. Daraufhin wurden 53 Personen vorläufig festgenommen.

Im gleichen Zeitraum eskalierte die Situation auch im Süden des Landes, in der Provinz Zamora Chinchipe. Die Bewohner verschiedener indigener Gemein-

den hatten wiederholt die Zufahrtswege zu den Lagerstätten des Bergbauunternehmens Ecuacorriente blockiert, woraufhin die Sicherheitskräfte der Firma und das Militär einschritten. Die Zusammenstöße endeten mit 14 Verletzten und 19 vorläufig Festgenommenen, unter ihnen



der indigene Parlamentsabgeordnete und heutige Präfekt von Zamora Chinchipe, Salvador Quishpe.

## Der Bergbau boomt ohne Kontrolle

Dies sind nur zwei Beispiele für eine Problematik, die in sieben Provinzen Ecuadors, vor allem im Süden des Landes, in den letzten Jahren zunehmend für Konflikte gesorgt hat. Auslöser waren in der Regel die Aktivitäten internationaler Bergbauunternehmen. Diese konzentrieren sich auf den Abbau von Edelmetallen im großen Maßstab, der sich in Ecuador derzeit noch in der Explorationsphase befindet. Für 20 Prozent des Staatsgebiets wurden bereits Lizenzen zur Förderung von Kupfer, Gold und Silber vergeben. Die ausgewiesenen Gebiete liegen vor allem in Naturschutzgebieten, indigenen Territorien und archäologischen Zonen.

Zu den Konflikten kam es, weil Teile der Bevölkerung negative Auswirkungen der Bergbauaktivitäten auf die Umwelt, die lokalen Ökonomien und die sozialen Strukturen befürchteten. Gleichzeitig informierten die Bergbauunternehmen nicht über ihr geplantes Vorgehen. So war die Bevölkerung gemeinhin gespalten, da sich ein Teil von den Vorhaben Arbeitsplätze versprach und damit auf Seiten der Unternehmen standen.

Lateinamerika ist für Rohstoffinvestitionsprojekte in den letzten Jahren immer attraktiver geworden. Zwischen dem Jahr 2000 und 2005 stiegen die Direktinvestitionen im Bergbau-sektor um 76 Prozent. In Ecuador hatte der Bergbau in den

letzten Jahren nur einen Anteil von 0,3 Prozent am Brutto-sozialprodukt, der industrielle Bergbau existiert praktisch nicht. Da Vorkommen im Wert von 220 Milliarden US-Dollar vermutet werden, befinden sich allerdings zehn internationale Bergbauunternehmen mit Ausbauplänen im Land.

Das gültige ecuadorianische Bergbaugesetz beinhaltet unter anderem die Vergabe von Förderlizenzen ohne die Zahlung von Lizenzgebühren. Umweltstudien und die vorherige Befragung der Bevölkerung waren zwar gesetzlich vorgeschrieben, wurden aber so gut wie nicht kontrolliert. Bis 2007 wurden infolge dessen 4.200 Förderlizenzen vergeben.

## Der ZFD als Partner des Nationalen Bergbaudialogs

Nach dem Regierungswechsel Anfang 2007 setzte die neue Regierung unter Präsident Rafael Correa auf eine Deeskalationsstrategie, indem sie einen nationalen Bergbaudialog initiierte. Dies stand auch im Zusammenhang mit der propagierten neuen Entwicklungsplanung unter stärkerer Berücksichtigung von Umweltschutzkriterien.

Die Regierung Correa sah in dem bestehenden Bergbaugesetz einen zentralen Auslöser der Konflikte. So waren die Änderung des Gesetzes und die Neudefinition der staatlichen Bergbaupolitik wichtige Ziele des nationalen Bergbaudialogs. Außerdem wollte man über die Lizenzen und Aktivitäten der Bergbauunternehmen informieren und die betroffene Bevölkerung an wichtigen Entscheidungen der Regierung beteiligen. An dem Dialog-

prozess sollten alle Akteure teilhaben: sowohl die lokale Bevölkerung als auch die Bergbaukammer und staatliche Institutionen auf nationaler wie lokaler Ebene.

Das Bergbau- und Energieministerium lud PLASA (siehe Überblick), eine Partnerorganisation des ZFD, sowie den Zivilen Friedensdienst in Ecuador unter Federführung der Koordinatorin des Programms zur Erarbeitung eines Konzeptes für diesen Dialog ein. In Abstimmung mit dem Ministerium, wurde ein mehrstufiges Modell entwickelt (siehe Infokasten).

## Das Konzept des Dialogprozesses

- Schritt: Annäherung an die Akteure**  
Durchführung erster Gespräche mit lokalen Akteuren und Interessengruppen, um Vertrauen zu schaffen und sie auf Grundlage von Informationen für einen Dialog zu gewinnen
- Schritt: Dialog auf lokaler Ebene**  
Initiierung des Dialogprozesses mit den Beteiligten in den Konfliktorten, zur weiteren Vertrauensbildung und zur Identifizierung wichtiger Themen für den Dialogprozess
- Schritt: Dialog auf regionaler Ebene**  
Regionale Dialogforen mit lokalen Akteuren und Interessengruppen auf Grundlage der Themenvorschläge aus den lokalen Dialogen; Vorschläge für eine neue Bergbaupolitik
- Schritt: Dialog auf nationaler Ebene**  
Zusammenführung der Vorschläge aus den regionalen Dialogforen und abschließende Bewertung

## Übereilter Beginn und abruptes Ende des Bergbaudialogs

Das Energieministerium initiierte den Prozess dann beginnend mit dem zweiten Schritt. Es fanden so dreizehn Treffen mit den lokalen Konfliktparteien (Lokalbevölkerung, Vertreter des



Kleinbergbaus, Bergbaukammer, Stadtverwaltungen etc.) statt, bei denen der Staatssekretär für Bergbau mit Vertretern anderer Ministerien als Dialogpartner auftrat. Der Vorschlag von PLASA, eine Gesamtlauzeit von neun Monaten für den Dialogprozess zu planen, ließ sich auf Grund des politischen Drucks, die Konflikte schnellstmöglich zu lösen, nicht umsetzen. Dies führte dazu, dass die repräsentative Beteiligung aller Akteure nicht immer gewährleistet war. Auch die von PLASA vorgeschlagene Kommunikationsstrategie konnte nicht in der ursprünglich angeordneten Form erarbeitet und umgesetzt werden.

Bei PLASA war die Zusammenarbeit mit dem Ministerium nicht unumstritten, da man befürchtete, hierdurch seine Unparteilichkeit zu verlieren. Doch letztendlich wog das Interesse an der Unterstützung des Dialogprozesses mehr als die Bedenken. Es war schließlich das erste Mal, dass ein Ministerium einen solchen Prozess durchführte. Man entschied sich jedoch für eine zurückhaltende Begleitung, begrenzt auf technische Beratung. Diese wahrte dann allerdings nur kurz: Aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten in der Regierung endete der nationale Bergbaudialog nach vier Monaten abrupt mit dem Rücktritt des damaligen Energieministers Alberto Acosta.

### **Der Bergbaudialog und seine Folgen: Bergbaumanandat und neue Verfassung**

Nach Abbruch des Bergbaudialogs richteten sich hohe Erwartungen an die von der Regierung einberufene Verfassungsgebende

Versammlung, zu deren Präsidenten der ehemalige Energie- und Bergbauminister Alberto Acosta gewählt wurde. Im April 2008 verabschiedete diese ein sogenanntes Bergbaumanandat, mittels dessen unter anderem über 4.000 Bergbaulizenzen vorläufig aufgehoben wurden. Sie sollten erst dann definitiv vergeben werden, wenn die Lizenzinhaber nachgewiesen haben, dass sie die gesetzlichen Auflagen, wie z.B. Umweltverträglichkeitsprüfungen, erfüllen. Außerdem wurde jegliche industrielle Bergbauaktivität solange verboten, bis ein neues Bergbaugesetz verabschiedet ist.

Die vorherige Konsultation lokaler (oft indigener) Gemeinden zu geplanten Bergbauvorhaben wurde letztendlich in die neue Verfassung aufgenommen, allerdings nicht deren notwendige Zustimmung. Auch das Verbot der Ressourcenausbeutung in Schutzgebieten wurde verfassungsrechtlich festgeschrieben, es kann aber aufgehoben werden, wenn Präsident und Parlament das nationale Interesse bedroht sehen.

Die neue Verfassung wurde per Volksentscheid Ende September 2008 in Kraft gesetzt. Das neue Bergbaugesetz ist noch nicht verabschiedet, wird aber jetzt schon von indigenen Organisationen und Umweltaktivisten abgelehnt, da kein Dialog mit allen Akteuren, sondern vor allem mit den Firmen und der Bergbaukammer stattgefunden hat. Der aktive Widerstand hat sich erneut formiert, und bei neuerlichen Strassenblockaden kam es wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen.

### **Lessons Learnt und Perspektiven**

Für den Zivilen Friedensdienst und seine Partnerorganisation PLASA war die Unterstützung des Bergbaudialogs eine wichtige und einzigartige Erfahrung, da keine andere Regierung in der Region bisher einen derartigen Prozess initiiert hat. In der Gesamtbewertung des – obwohl kurzen – Prozesses gibt es einige wichtige Aspekte zu erwähnen, welche neue Elemente einer guten Regierungsführung darstellen.

So wurden erstmalig Informationen zur Vergabe und zum Besitz von Bergbaulizenzen offen gelegt. Ebenso stellten sich Vertreter verschiedener Ministerien zum ersten Mal der öffentlichen Debatte mit Vertretern lokaler Regierungen und der Zivilgesellschaft in Regionen mit Bergbaukonflikten.

Der Dialog wurde zu einem Instrument staatlicher Politik, das inzwischen auch andere Ministerien aufgegriffen haben. Dialogveranstaltungen mit der Zivilgesellschaft sind zunehmend selbstverständlicher geworden, wobei staatliche Instanzen, sei es die Regierung oder das Parlament, die Initiatoren des Dialogs sind.

Die Initiatoren- und Moderatorenrolle des Staates beim nationalen Bergbaudialog wurde allerdings von verschiedenen Seiten hinterfragt. Schließlich war und ist die Regierung auch ein Konfliktakteur. Gleichzeitig gab es aber keine andere Instanz, die einen derartigen Dialogprozess auf den Weg bringen hätte können. Und vor allem in Staaten wie Ecuador, mit fragilen Institutionen, hoher Korruptions-

rate und klientelistischen Politikformen stellen solche Veranstaltungen ein wichtiges partizipatives Politikforum dar. Eine Politikgestaltung von unten kann der traditionell ablehnenden Haltung der Bürger gegenüber den Institutionen des Staates entgegenwirken und ein neues Politikinteresse wecken.

Für eine erfolgreiche Beendigung des Dialogprozesses fehlten zwei wichtige Voraussetzungen: Zum einen gelang es der Regierung nicht, intern einen Konsens zur Bergbaupolitik zu erzielen, was dann neben dem Ministerwechsel auch einen Strategiewechsel zur Folge hatte, nämlich die Einstellung des begonnenen Dialogprozesses. Zum anderen erfolgte keine eindeutige politische Priorisierung dieser Form der Bürgerbeteiligung mit all ihren Konsequenzen wie einem langfristigen Zeithorizont und der Schaffung neuer Bürgerbeteiligungsmechanismen. Stattdessen beugte sich die Regierung dem tagespolitischen Druck, möglichst schnell Ergebnisse zu erzielen.

### Lokaler Widerstand in den Andenländern

Die negativen Umweltauswirkungen des Bergbaus und die damit verbundene Zerstörung der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft haben zur Entstehung sozialer (Widerstands)Bewegungen beigetragen. In Peru und Bolivien sind diese eher schwach entwickelt, da sie erst nach der Aufnahme der Bergbauprojekte entstanden. In Ecuador organisierten sie sich indessen bereits in deren Explorationsphase. Einheitliche Zielsetzungen und eine gute Bündnispolitik erleichterten die Formierung der ecuado-

rianischen Widerstandsbewegung gegen den Bergbau, auch wenn es in der lokalen Bevölkerung auch Befürworter des Bergbaus gab. Im Gegensatz dazu kommt es innerhalb der Bevölkerung und der Bewegungen in Peru und Bolivien immer wieder zum Dissens um das grundsätzliche Pro und Contra von Bergbauvorhaben.

Der industrielle Bergbau birgt in allen Andenländern ein großes Konfliktpotential, die Situationen und Entwicklungen in den einzelnen Ländern unterscheiden sich jedoch. Für die Konfliktbearbeitung und -transformation bedarf es daher sowohl unterschiedlicher Strategien als auch eines Informations- und Erfahrungsaustausches, d.h. der Vernetzung. Für letzteres bietet das vom Zivilen Friedensdienst Ecuador mitorganisierte alljährliche Regionalforum (s. hierzu Artikel von Volker Frank und Alejandro Christ) einen guten Rahmen.

### Resümee

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der nationale Bergbaudialog in Ecuador, trotz seines vorzeitigen Endes, nicht wirkungslos war. Die dort zur Sprache gekommenen Themen und Fragen – wie Konsultationsprozesse, lokale Entwicklungsmodelle und Umweltauswirkungen extraktiver Aktivitäten – finden sich, wenn auch mit politischen Zugeständnissen, in der neuen Verfassung des Landes wieder. Mechanismen der Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen haben insgesamt einen höheren Stellenwert bekommen, auch verfassungsrechtlich. Allerdings fehlt es noch an gelebter Praxis. In diesem Sinne war der



Quelle: Ministerium für Energie und Bergbau, Ecuador

nationale Bergbaudialog eine wichtige Erfahrung mit einem für Ecuador neuem partizipativen Governance-Modell.

Der Staatssekretär für Bergbau, Jorge Jurado (Mitte links), auf einem der Dialogforen im Rahmen des Bergbaudialogs.

*Annekathrin Linck ist Diplom-Soziologin und koordinierte von 2005 bis 2009 das ZFD-Programm des DED Ecuador.*

In der Andengemeinde Intag ging das Sicherheitspersonal einer Bergbaugesellschaft gewaltsam gegen Protestierende vor.



Quelle: infomineria.org



## Indigene Einheit in der Vielfalt im Amazonas-Regenwald Konflikte in indigenen Territorien

von Volker Frank

**Die Vielfalt der indigenen Völker im ecuadorianischen Amazonastiefland spiegelt sich auch in deren uneinheitlichen Positionen zur Erdölförderung auf ihren Territorien wider. Wie konnte an Betrachtung dieser Tatsache erreicht werden, dass ein gemeinsamer Vorschlag für die Verfassungsgebende Versammlung erarbeitet und vorgebracht wurde?**

Als im Mai 2007 die Schauspielerin Trudie Styler, Ehefrau des britischen Sängers Sting, den överschmutzten Erdboden betrachtete, hielten zahlreiche Kameras diesen Moment fest. Das Bild ist eine stumme Anklage der Umweltschäden, die durch die Erdölförderung des US-Konzerns Texaco im ecuadorianischen Amazonasgebiet entstanden sind. Zwar hat das Unter-

nehmen Ecuador 1990 verlassen, doch die Auswirkungen seiner Aktivitäten auf die Umwelt sind bis heute sichtbar.

### Die Erdölproblematik im ecuadorianischen Amazonasgebiet

Über 95 Prozent des ecuadorianischen Erdöls stammt aus dem Amazonastiefland. Im Jahr 1967

errichtete Texaco dort den ersten Förderturm, in der Provinz Sucumbíos, nahe der Grenze zu Kolumbien. Inzwischen ist der Grossteil des Amazonasgebietes, das fast die Hälfte des Staatsgebietes von Ecuador ausmacht, in Erdölfelder aufgeteilt. Sechzehn Unternehmen sind im Besitz von staatlichen Konzessionen zur deren Ausbeutung, unter ihnen das staatseigene Unterneh-

Angehörige des Huaorani-Volkes auf einer Protestveranstaltung in Quito gegen die Erdölförderung auf ihrem traditionellen Territorium.



men Petroecuador. Bislang wird nur im Norden des Amazonasgebiets Erdöl gefördert. Im Zentrum liegen die Erdölfelder, die sich in der Explorationsphase befinden; im Süden steht die Konzessionsvergabe durch die ecuadorianische Regierung noch an.

Und diese ist daran interessiert, die Erdölförderung voran zu treiben. Schließlich ist Ecuador von den Deviseneinnahmen aus diesem Sektor abhängig: Rund ein Drittel des Staatshaushaltes wird aus dem Geschäft mit dem schwarzen Gold finanziert. Auch das Gesundheits- und Erziehungssystem würde ohne diese Einnahmen zusammenbrechen. Und die sozialen Fortschritte, welche die Regierung unter Rafael Correa im Jahr 2007 versprochen hat, können nur schwer ohne die Steigerung der Deviseneinnahmen erreicht werden.

Die Erdölförderung verursacht aber eine Reihe von negativen Umweltauswirkungen. Das Anlegen von Auffangbecken für erdölverschmutztes Wasser ist eine davon. Ein weiteres Problem ist der Transport des Rohstoffs. Eine Beschädigung der Ölpipelines im Jahr 2006 führte zu einem der bislang schwerwiegendsten Unfälle im Naturreservat Cuyabeno. Nach offiziellen Zahlen verschmutzten 500 Barrel Rohöl etwa 35.000 Hektar unberührten Regenwalds. Die danach angestregten Untersuchungen ergaben, dass zwischen 2001 und 2003 fast 500 solcher Unfälle geschehen waren.

Ein weiteres Problem ist der Straßenbau, der mit der Erdölproduktion einhergeht. Schätzungen zufolge hat allein das

Konsortium Texaco-Gulf ein Straßennetz von 500 km im Urwald angelegt. Der Bau von Strassen führt zu erhöhter Einwanderung in bislang nur von indigenen Völkern bewohnte Gebiete, zu einer verstärkten Abholzung der Wälder und einem Vordringen der Landwirtschaft. Rund eine Million Hektar Tropenwald wurde seit 1972 von Siedlern in Besitz genommen.

Die indigenen Gemeinschaften des Amazonastieflandes tragen die Hauptlast dieser Folgen der Ölausbeutung: Neunzig Prozent der Konzessionen beziehen sich auf ihre traditionellen Territorien. In der Regel bringt das Erscheinen von Erdölunternehmen für sie einen Bruch mit ihren traditionellen Lebens- und Wirtschaftsweisen mit sich. Außerdem vergiften die Förderabfälle und -abwasser Bäche und Flüsse, die ihnen als Trink- und Kochwasser sowie zum Waschen dienen. Die millionenschweren Gewinne aus dem Ölgeschäft brachten den Einwohnern des Oriente letztendlich keine spürbare und anhaltende Anhebung ihres Lebensstandards.

### Unübersichtliche Umweltkonflikte

Die Konflikte um die Erdölförderung im ecuadorianischen Amazonasgebiet sind komplex. Die Interessen einer Vielzahl von Akteuren stoßen dort aufeinander. Indianische Ureinwohner, mestizische Siedler, Umweltorganisationen, nationale und internationale Aktionsgruppen, staatliche Akteure, transnationale Unternehmen sowie multi- und bilaterale Entwicklungsorganisationen und nationale Nichtregierungsorganisationen (NRO) tragen zu einer unüber-



Quelle: Ursula Treffer

Stummes Zeugnis des Raubbaus an der Natur: ein stillgelegtes Ölauffangbecken im ehemaligen Texaco-Fördergebiet.

sichtlichen Interessenlage bei. Zudem unterscheiden sich die indigenen Völker im Regenwald Ecuadors teilweise erheblich voneinander, nicht nur sprachlich und kulturell. Auch ihre Geschichte, ihre Lebensbedingungen und ihre Einbindung in die moderne Gesellschaft sind verschieden. In einigen Landesteilen gibt es Auseinandersetzungen unter den indigenen Organisationen um die Kontrolle über ihre Territorien.

## Indigene Vielfalt im Regenwald Ecuadors

Ecuador besteht aus drei großen Naturräumen: dem Küstenstreifen (Costa), dem Andenhochland (Sierra) und dem Amazonasgebiet im Osten (Oriente). Rund ein Drittel der Bevölkerung des Oriente, ca. 160.000 Menschen, gehören einem der zehn dort vertretenen indigenen Völker an, wobei die (Tiefland-)Quichua und die Shuar gemeinsam bereits fast 90 Prozent der indigenen Bevölkerung ausmachen. Die meisten anderen Völker – wie die Cofan, Haorani, Secoya und Zapara – kommen nicht über jeweils 1.000 Mitglieder.

Letztlich sind auch die Standpunkte der indianischen Bevölkerung zur Erdölindustrie uneinheitlich. Einige Völker, wie die Cofan oder Secoya, sehen in der Ansiedlung der Erdölindustrie Möglichkeiten für Einkom-



Quelle: Ursula Treffer

Noch Jahre nach der Stilllegung der Ölpumpstationen treten giftige Förderrückstände an die Erdoberfläche.

mensquellen und Infrastrukturmaßnahmen. Zum Teil „erkauften“ sich Erdölunternehmen die Zustimmung der indigenen Völker zur Ölförderung auf ihren Territorien durch den Bau von Schulen oder der Anlage von Fußballplätzen. Andere Völker, wie die Quichua-Einwohner der Gemeinde Sarayaku, leisteten aktiven Widerstand.

Die Uneinigkeit und die organisatorische Schwäche der indigenen Organisationen ermöglicht es den Erdölkonzernen, die unterschiedlichen Fraktionen der indigenen Bewegung gegeneinander auszuspielen. Aber auch andere Organisationen, wie Umweltgruppen oder Entwicklungsorganisationen, suchen sich ihre indigenen Unterstützerguppen. Möglich wird dies durch die Tatsache, dass der Staat im Amazonasgebiet weitgehend abwesend ist und zentrale Funktionen und soziale Aufgaben nicht wahrnimmt bzw. an Dritte übergeben hat (belegt wird dies unter anderem in der 2006 vom DED in Auftrag gegebenen Studie 'Gobernabilidad Frágil'<sup>1)</sup>). Die finanziellen Hilfen für die Indigenen haben in vielen Teilen des Amazonasgebiets zu einer Zersplitterung der indigenen Bewegung beigetragen. Eine einheitliche Position der indigenen Völker bezüglich der Erdölindustrie, aber auch in Hinblick der Etablierung von Naturschutzgebieten oder des Verkaufs von Umweltdienstleistungen, gibt es nicht.

### Der Weg des DED

In Koordination mit der ecuadorianischen Partnerorganisation Fundación Futuro Latinoamericano (FFLA) unterstützt der DED Ecuador seit Januar 2007

den Dachverband der indigenen Völker des ecuadorianischen Amazonasgebiets CONFENIAE (s. Infokasten). Das Ziel der Zusammenarbeit war die Förderung des Austausches unter den indigenen Völkern, damit diese zu einer gemeinsamen eigenen Position bezüglich der Ansiedlung der Erdölindustrie in ihren Territorien gelangen. Insgesamt wurden im Jahr 2007 neun Dialogveranstaltungen mit einer Gesamtteilnehmerzahl von etwa 400 Delegierten der indigenen Organisationen durchgeführt. In den Veranstaltungen wurden Karten der indigenen Territorien erstellt, Informationen über die Erdölindustrie ausgetauscht, Formen der Kontrolle der Territorien diskutiert und schließlich auch Handlungsstrategien erarbeitet.

Das Ergebnis überstieg die Erwartungen. Die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung durch die Regierung Rafael Correa motivierte die Erarbeitung eines Vorschlags, der die Erklärung Ecuadors als Vielvölkerstaat, das Vetorecht der indigenen Völker bei der Ansiedlung von Erdöl- und Bergbauindustrie und die Anerkennung eigenständiger Verwaltungsformen in den indigenen Territorien einforderte. Im Januar 2008 verabschiedeten die Teilnehmenden der Jahresversammlung der CONFENIAE dieses Positionspapier und bildeten eine Kommission, die den Auftrag hatte, bei der Verfassungsgebenden Versammlung Lobbyarbeit zu machen. Der damalige Präsident der CONFENIAE, Domingo Ankuash, sprach von einem historischen Moment: „Bislang wurden die indigenen Völker des Amazonasgebiets von den Politikern ignoriert. Es wurden Gesetze für die Region verabschiedet, ohne

uns überhaupt zu fragen. Zum ersten Mal haben wir die Möglichkeit, in einen Dialog zu treten. Wir wollen diesen Dialog nutzen, um unseren Vorschlag in die neue Verfassung einzubringen.“

Ab Januar 2008 wurden die Forderungen mit den Basisorganisationen diskutiert und in den regionalen Dialogrunden der Verfassungsgebenden Versammlung vorgestellt. Die CONFENIAE erreichte die Unterstützung einer Reihe von Mitgliedern der Verfassungsgebenden Versammlung; und im neuen Verfassungstext wird Ecuador als Vielvölkerstaat anerkannt und ist die Möglichkeit territorialer Regierungsformen vorgesehen. Zwar wurde das Vetorecht nicht in das ecuadorianische Grundgesetz aufgenommen, aber zumindest das Konsultationsrecht verstärkt.

In der Zusammenarbeit mit der CONFENIAE standen von Beginn an Ownership und Achtung der indigenen Organisationskultur im Vordergrund. Der Indigenenverband gab im Dialogprozess die Richtung an, während sich das Projektteam auf organisatorische Fragen und Beratungsleistungen beschränkte. Der zeitliche Ablauf und die Inhalte des Dialogprozesses wurden eng mit der CONFENIAE abgestimmt. Im Jahr 2008 unterstützte der ZFD einen indigenen Projektkoordinator, der die Arbeitspläne und die Inhalte der Veranstaltungen mit der CONFENIAE abstimmt.

### Stärkung der indigenen Organisationen

„Wir sehen die Resultate in der Verfassungsgebenden Versammlung durchaus positiv“, meint der Shuar-Indianer Ankuash

heute, „aber wir haben keine Zeit, um zu feiern. Bislang stehen die neuen Bestimmungen nur auf dem Papier. Wir müssen weiter unsere Organisationen und unsere Einheit stärken, um unsere Rechte geltend machen zu können.“

Eine einheitliche Positionsbestimmung ist ein wichtiger Schritt, um in Dialogprozessen mit staatlichen Akteuren als legitimer Gesprächspartner anerkannt zu werden. Obwohl sich die traditionellen indigenen Formen der Verwaltung und der Bewirtschaftung der Naturressourcen über Jahrhunderte bewährt haben, spielten sie bisher in den politischen Entscheidungsprozessen keine Rolle. Ein gleichberechtigter Dialog ist angesichts des hohen Machtungleichgewichts in Konflikten um natürliche Ressourcen bislang noch nicht möglich. DED und FFLA haben jedoch in bescheidenem Masse dazu beigetragen, dass die Vorschläge der CONFENIAE in die Diskussion um die neue Verfassung Ecuadors – die Ende September 2008 in Kraft gesetzt wurde – eingeflossen sind.

Auch die mediale Arbeit, wie etwa die von Trudie Styler, kann wichtige Beiträge leisten, um einen schwachen Akteur in den Erdölkonflikten zu stärken. Die globale Aufmerksamkeit für die Erdölproblematik im ecuadorianischen Amazonasgebiet kann erweckt und internationale Unterstützung für die indigenen Völker erreicht werden. Diese Maßnahmen können jedoch nur dann Erfolg haben, wenn sie die Mannigfaltigkeit der indigenen Bewegung aufgreifen und zur Stärkung der bestehenden indigenen Organisationsformen beitragen.

## Zehn Völker – eine Organisation

Die Organisationen der indigenen Gemeinschaften des ecuadorianischen Amazonastieflands sind in der Dachorganisation Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana (CONFENIAE) zusammengeschlossen. Der Begriff „Nationalitäten“ wird von den Indigenas zur Bezeichnung ihrer Völker benutzt, um ihren Anspruch auf kulturelle und politische Selbstbestimmung zu bekräftigen. Es geht ihnen nicht um eine Abgrenzung vom Staat im Sinne separatistischer Bestrebungen. Sie fordern mit dieser Ausdrucksweise die offizielle Anerkennung eines in der öffentlichen Debatte kontrovers diskutierten Vielvölkerstaats. Als die CONFENIAE 1980 gegründet wurde, war sie eine der ersten indigenen Organisationen in Ecuador. Heute vertritt sie 18 Organisationen, die alle indigenen Völker des Oriente repräsentieren. Erfolge konnte sie beispielsweise beim Aufbau eines eigenen zweisprachigen Erziehungssystems verbuchen. Die CONFENIAE ist neben den regionalen Dachorganisationen der Indigenen der Costa und der Sierra eine der drei Mitgliedsorganisationen der CONAIE (Coordinadora de Nacionalidades Indígenas del Ecuador), dem nationalen Dachverband der indigenen Organisationen.

*Volker Frank ist Soziologe und Diplom-Entwicklungspolitologe und arbeitete in den Jahren 2001 bis 2004 für den ZFD/DED in Ecuador. Von Juni 2007 bis Dezember 2009 war er erneut als Friedensfachkraft für den DED Ecuador tätig.*

Die Trassen der Ölpipelines schneiden offene Wunden in den Urwald.



Quelle: Ursula Treffer



Quelle: Ursula Tiefer

Für die ortsansässigen Kinder ist der Amazonasurwald natürlicher Lebensraum und gleichzeitig ein schier endloser Abenteuerspielplatz. In der Escuela de Derechos lernen die Teilnehmer, dass die Bewahrung dieses Lebensraumes auch ein einklagbares Recht darstellt.

## Die Escuela de Derechos leistet Prävention auf lange Sicht Erdölkonflikte

von Mirjam Mahler

**Staatliche Instanzen und indigene Gemeinschaften nehmen bei den Ressourcenkonflikten im Amazonasgebiet Ecuadors in der Regel sehr unterschiedliche Positionen ein. Ein Fortbildungsangebot zu alternativer Konfliktbearbeitung bringt Vertreter der beiden Seiten zusammen.**

Dayuma, Ende November 2007: Aus Protest über ihre schlechten Lebensbedingungen sperren die Bewohner Dayumas die Hauptzufahrtstraßen zu ihrem Dorf. Auch der Zugang zur örtlichen Pumpstation des staatlichen Erdölunternehmens Petroecuador ist betroffen. Die ecuadorianische Regierung unter Rafael Correa reagiert schnell: Sie ruft den Ausnahmezustand aus und schickt

ein starkes Militäraufgebot in die Region. Die Soldaten brechen in Häuser ein und nehmen 25 Personen brutal fest. Der Vorwurf: Terrorismus und Sabotage.

### Wie kam es zur Eskalation?

Dayuma, ein kleines Dorf mit rund 2.800 Einwohnern, liegt in der Provinz Orellana im Norden

des ecuadorianischen Amazonasgebiets. Die Lebensbedingungen dort sind wie in vielen ländlichen Gebieten des nördlichen Amazonasgebietes: Kein Trinkwasser; verseuchte Luft, Flüsse und Böden aufgrund jahrelanger Erdölförderung; und in Folge davon Artensterben und immer häufigere Krankheiten wie Krebs, Leukämie oder schwere Hautausschläge.



Trotz wiederholter staatlicher Zusagen und jahrelangen Wartens hatten die Bewohner von Dayuma weder Trinkwasserversorgung noch ein funktionierendes Elektrizitätsnetz erhalten. Als dann auch noch die Bauarbeiten an der Verbindungsstraße zur Provinzhauptstadt Coca – 40 Kilometer Schlaglochpiste – über Monate stillstanden, war ihre Geduld am Ende.

Die Protestaktion traf den Nerv der Regierung: Für sie ist das Amazonasgebiet auch aufgrund der vorhandenen Reserven von Öl und Mineralien wie Kupfer, Gold oder Silber besonders wichtig. Die Situation der Menschen in der Region wurde hingegen jahrzehntelang vernachlässigt (s. a. Artikel von Volker Frank). Proteste wie die von Dayuma sind daher typisch für die Region; und häufig berichtet die Presse über Straßenblockaden, Besetzungen von Förderanlagen, Entführungen oder andere Gewaltmaßnahmen.

### Gewaltfreie Konfliktlösung ist lernbar

Vor diesem Hintergrund begann im Februar 2007 das Projekt Escuela de Derechos, Schule für Rechte. Das Projekt will im Amazonasgebiet ein Netzwerk sowohl staatlicher wie auch indigener Repräsentanten schaffen. Als Fachleute für die Vermeidung und konstruktive Bearbeitung von Konflikten soll es Dialogprozesse in der Region vorantreiben. Partnerorganisation ist die ecuadorianische Nichtregierungsorganisation Centro sobre Derecho y Sociedad (Zentrum für Recht und Gesellschaft), CIDES, die sich seit 1987 auf die Verbreitung alternativer Formen der Konflikt-

lösung spezialisiert hat.

Nach einer Vorlaufphase begann im August 2007 die Arbeit mit einer festen Gruppe von 30 Teilnehmenden, darunter acht Frauen, aus den drei südlichen Amazonasprovinzen Pastaza, Morona Santiago und Zamora Chinchipe.

Die Vertreter staatlicher Institutionen kamen unter anderem aus der Provinzregierung Pastaza, mehreren Stadtverwaltungen und der Defensoría del Pueblo (das ecuadorianische Ombudsmannsystem). Die indigenen Vertreter wurden in Abstimmung mit der CONFENIAE ausgesucht. Sie gehörten zum großen Teil der Nationalität Shuar an (13 Personen), kamen aber auch aus den Nationalitäten Quichua, Zápara und Andoa.

### Behutsamer Abbau von Feindbildern

Die Arbeit mit einer derart gemischten Gruppe war heikel: Indigene Gesprächspartner hatten im Vorfeld mehrfach vom „Feind“ gesprochen, wenn von staatlichen Institutionen die Re-

de war. Auf staatlicher Seite schien dagegen in Bezug auf die indigene Bevölkerung eher das Bild der Unruhestifter vorzuherrschen. Auf beiden Seiten war in den Vorgesprächen Unbehagen bei der Vorstellung zu spüren gewesen, sich aktiv mit Konflikten auseinanderzusetzen. So konnte in der ersten Phase nur jeweils ein staatlicher Vertreter aus den Provinzen Morona Santiago und Zamora Chinchipe zur Teilnahme am Projekt überzeugt werden.

Aufgrund dieser Eindrücke setzte CIDES in den Seminaren auf eine intensive Kennenlernphase sowie eine Methodik, die viele aktivierende und zum Austausch anregende Elemente enthält: Arbeit in Kleingruppen, Rollenspiele, Präsentationen durch Teilnehmende, Nutzung unterschiedlicher didaktischer Materialien (Hörspiele, Filme, Bilder malen). Außerdem wurde darauf geachtet, den gesamten Prozess mit auf die Themen zugeschnittenen Spielen zu begleiten. Ziel war die Schaffung einer vertrauensvollen Atmosphäre, in der sich auch schwierige Themen diskutieren lassen.



Reparaturarbeiten an Lecks im ecuadorianischen Ölleitungssystem Sistema de Oleoducto Transecuatoriano (SOTE).

Quelle: Michael Buss



## Die Themen der Escuela de Derechos

Der Fortbildungszyklus der Escuela de Derechos besteht aus insgesamt acht dreitägigen Seminaren. In den ersten vier Seminaren geht es um folgende Themen:

- Was ist ein Rechtsstaat?
- Menschenrechte und kollektive Rechte
- Umweltrecht
- Gender
- Umgang mit Umweltkonflikten
- Pressearbeit

In weiteren vier Seminaren werden die Teilnehmenden dann zu Mediatoren und Mediatorinnen ausgebildet; dazu gehören auch Hospitationen in Mediationszentren in Quito.

### Was wurde erreicht?

Es ist im Laufe der Workshops tatsächlich gelungen, aus einer stark heterogenen Teilnehmer-schar eine Gruppe zu formen. Überraschenderweise kam es schon am Ende des ersten Seminars zu regelrecht euphorischen Äußerungen der staatlichen wie auch indigenen Teilnehmenden über diese Möglichkeit des Aus-

tauschs und gemeinsamen Lernens. „Die kulturelle Vielfalt unseres Landes kennenzulernen und sie mit dieser wunderbaren Gruppe zu teilen, hat bei mir eine völlig andere Einstellung bewirkt und mir geholfen, Sachen zu verstehen, die ich vorher kritisiert habe“, urteilte beispielsweise Elizabeth Zambrano von der Defensoría del Pueblo in Zamora.

Eine Auswertung am Ende der Workshops ergab, dass die Teilnehmenden auch zwischen den Seminaren Kontakt untereinander hielten und sich bei Problemen gegenseitig um Rat fragten; das lässt hoffen, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

Ermöglicht wurde dies zum einen durch die oben beschriebene Methodik. Zum anderen erwies sich eine enge Begleitung der Gruppe durch feste Ansprechpartner für logistische oder inhaltliche Fragen als wichtig. Dieses Vorgehen verhindert, dass die Workshops beliebig werden und schafft eine

stärkere Bindung der Teilnehmenden an den Prozess.

Bei allen war eine deutliche Persönlichkeitsentwicklung festzustellen, hin zu mehr Selbstbewusstsein und Sicherheit im Auftreten, Redegewandtheit und Bereitschaft, in Konflikten die Initiative zu ergreifen. „Die Workshops haben mich insofern beeinflusst, als ich keine autoritären Verhaltensweisen mehr akzeptiere. Ich denke, dass Differenzen zwischen Personen mithilfe eines Dialoges beigelegt werden müssen“, äußerte sich Martina Tiwi, Genderbeauftragte einer Shuar-Gemeinde in Sevilla, Provinz Morona Santiago.

### Das Gelernte wird umgesetzt

Die Endauswertung ergab auch, dass die meisten Teilnehmenden schon während der Mediationsausbildung angefangen hatten, in Konflikten in ihrem Umfeld aktiv zu werden. Am Ende der Ausbildung gaben 15 der 20 Absolventen an, bereits erfolgreich Fälle geschlichtet zu haben. Insgesamt benannten sie um die 100 Konflikte, von Familienkonflikten über Verschuldungsfälle bis hin zu Gebietsstreitigkeiten und kleineren Umweltkonflikten.

Viele Teilnehmer zeigten großes Interesse in ihren jeweiligen Provinzen Mediationszentren zu gründen. Ob diese Anstrengungen Erfolge zeitigen, bleibt abzuwarten. CIDES unterstützt die Interessierten, indem sie diese mit anderen Mediatoren in Kontakt bringt, damit neue Allianzen entstehen. Ein weiteres Ergebnis der Workshops war ein erstaunliches Bedürfnis und

Gruppenbild der Teilnehmer an einem Seminar der Escuela de Derechos.



Engagement der Teilnehmer, um die in den Seminaren vermittelten Kenntnisse in ihren Gemeinden, Organisationen oder Schulen weiterzuvermitteln. Praktisch alle traten als Multiplikatoren auf und organisierten Workshops oder Vorträge zu den Themen der Escuela.

Die begleitende Öffentlichkeitsarbeit zum Projekt (Erarbeitung dreier kurzer Hörspiele zu kollektiven Rechten und Mediation sowie mehrere Radiointerviews zur Escuela de Derechos) und Mund-zu-Mund-Propaganda durch die Teilnehmenden haben dazu beigetragen, dass das Interesse an der Auseinandersetzung mit Konflikten enorm gestiegen ist: Für den Start einer zweiten Gruppe sind mehr als 60 Anmeldungen eingegangen, und zwar sowohl von staatlichen wie auch indigenen Institutionen. Zudem sind in der zweiten Gruppe einflussreichere Personen als in der ersten, beispielsweise zwei hochrangige Ministerialbeamte, zwei Bürgermeister und der Leiter der Defensoría del Pueblo in Zamora. Erwähnenswert ist auch, dass die staatlichen Institutionen inzwischen bereit sind, einen Teil der Kurskosten zu übernehmen.

### Wie geht es weiter?

Die Unterstützung durch den ZFD, über den die Escuela de Derechos finanziert wird, läuft Ende 2009 aus. Die größte Herausforderung liegt für die Partnerorganisation CIDES deshalb darin, andere Geldgeber für die Fortführung und Ausweitung der Escuela zu gewinnen. Das ist nötig, um das bisher Erreichte zu festigen und die ehemaligen und derzeitigen Teilneh-

menden weiter begleiten und unterstützen zu können. Die Absolventen des ersten Kurses haben Gruppen auf Provinzebene gebildet, in denen sie sich regelmäßig treffen und austauschen. Das aber braucht Geld, zumal einige Teilnehmende aus sehr abgelegenen Gebieten kommen und mit dem Flugzeug anreisen müssen. Sinnvoll wäre auch, die erste und die zweite Kursgruppe miteinander in Kontakt zu bringen, um so die angestrebte Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Provinzen zu unterstützen. Außerdem sieht die Projektplanung vor, die Escuela auf die restlichen drei Amazonas-Provinzen auszuweiten, um eine größere Wirkung zu erzielen.

Der ursprünglich angestrebte Aufbau eines formellen Netzwerks erweist sich als schwer realisierbar, weil es an einem klar definierten Ziel fehlt. Gelungen scheinen dagegen die Annäherung der verschiedenen Sektoren und Organisationen, eine gestiegene Dialogbereitschaft und damit die Chance, auf lange Sicht Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen. Mit einer Internetplattform soll dieser Austausch weiter unterstützt werden. Einige der indigenen Teilnehmer haben allerdings keinen Internetanschluss, so dass auch andere Formen der Partizipation nötig sind.

### Fazit

Die Escuela de Derechos ermöglicht über zehn Monate hinweg immer wieder Phasen intensiven Lernens und Austauschs; sie stellt ein ausgezeichnetes Dialogforum dar. Die interkulturellen Begegnungen und intensiven Diskussionen

bewirken eine Sensibilisierung und größere Bereitschaft der Teilnehmenden, sich Auseinandersetzungen zu stellen. Viele der Umweltkonflikte, unter denen die Amazonas-Region leidet, eignen sich nicht für die Mediation, da sie von einem enormen Machtungleichgewicht zwischen den Beteiligten gekennzeichnet sind. Zum Tragen kommt in diesen Fällen eher die Phase der Grundausbildung der Escuela, in denen es um Rechte und deren Einklagbarkeit geht – auch das kann eine Form der Gewaltprävention sein.

Der Einsatz und die bisherigen Erfolge der Teilnehmer lassen hoffen, dass es ihnen gelingen wird, Konflikte und Exzesse wie in Dayuma zu vermeiden. Gemeinsame Seminare mit Angehörigen aller Konfliktparteien scheinen somit einen vielversprechenden Ansatz für eine langfristige Präventionsarbeit zu bieten – die Escuela könnte durchaus Pilotcharakter für andere Regionen haben.

*Mirjam Mahler ist Journalistin und ausgebildete Mediatorin. Sie arbeitete von Juli 2005 bis Juni 2008 als Friedensfachkraft des ZFD/DED in Ecuador.*



Quelle: cides.org.ec

Zusammenarbeit wird spielerisch gelernt.



Quelle: Wiebke Rössig

Der Nangaritza-Fluss stellt die wichtigste Verkehrsader für den Kanton gleichen Namens dar

## Die Schaffung von Naturschutzgebieten muss den Interessen der betroffenen Bevölkerung Rechnung tragen Naturschutzkonflikte 1

von Arturo Jiménez<sup>1</sup>

**Im Verlauf des Prozesses zur Ausweisung eines Schutzwaldes im Süden Ecuadors eskalierte ein Konflikt zwischen der betroffenen Bevölkerung und der lokalen Naturschutzorganisation Arcoiris. Arturo Jiménez, ein Mitarbeiter der Organisation, schildert die Hintergründe des Konfliktes, reflektiert selbstkritisch dessen Zustandekommen und zieht Schlussfolgerungen.**

Als der Bürgermeister der Gemeinde Las Orquídeas uns zu einem Workshop einlud, hätten wir uns im Traum nicht vorgestellt, dass dieser mit unserer Geiselnahme enden sollte. Grund für die Einladung war die geplante Erarbeitung eines gemeinsamen Vorschlages zur Lö-

sung von Problemen mit Landbesitztiteln für die über 150 im Nangaritza-Schutzwald gelegenen Höfe. Gemeinsam mit zwei Kollegen von der Umweltstiftung Arcoiris (zu Deutsch: Regenbogen) und zwei Praktikantinnen kamen wir der Einladung zu der Veranstaltung nach, die

für den 6. März 2004 angesetzt worden war. Dieser Einladung waren außer uns noch zirka 100 Ortsansässige gefolgt. Es wurde jedoch schnell deutlich, dass diese nicht gekommen waren, um an dem Lösungsvorschlag zu arbeiten. Die Leute waren wütend, weil sie durch die Ausweisung

1 | Wiebke Rössig unterstützte beim Verfassen dieses Artikels.

des Naturschutzgebiets ihre Interessen verletzt sahen. Eine hitzige Diskussion entfachte sich. Plötzlich wurden wir plötzlich bedroht – und schließlich nahm man uns als Geisel. Auf diese Art und Weise wollten die Bewohner der Gegend die Anwesenheit hochrangiger Staatsbediensteter erzwingen, damit diese eine für sie befriedigende Lösung für das Landproblem herbei führen.

## Gefangen in der Schule

Wir wurden in der örtlichen Schule eingesperrt, bewacht von einer aufgebracht Menschenmenge. Zwar misshandelte man uns nicht, doch unser Unbehagen wuchs in demselben Maße wie die Nervosität unserer Bewacher in Anbetracht des Nichterscheinens der Obrigkeit. Zusätzlich wurde dann auch der Präsident des Verbundes der indigenen Gemeinden des Volkes Shuar in der Region eingesperrt. Den Shuar wurde vorgeworfen, dass sie sich das Land der lokalen Kleinbauern aneignen wollen. Bei dieser Gelegenheit hörten wir die Leute von ihrer Armut reden, von ihren Ängsten bezüglich der Nutzungsbeschränkungen des Waldes und von anderen Themen, die ihnen Sorgen bereiteten.

Unsere Geiselnahme endete nach über zwei langen Tagen bangen Wartens, als der Provinzgouverneur und der Kantonsobersche von Nangaritza, in Begleitung eines stattlichen Polizeiaufgebots eintrafen. Gemeinsam mit den Führungspersonlichkeiten der Gemeinde wurde ein Abkommen aufgesetzt und unterzeichnet, in dem sich die Obrigkeit verpflichtete, die Ausweisung des Nangaritza-Schutzwal-

des zu widerrufen. Unsere NGO verpflichtete sich, weder Studien noch Workshops durchzuführen, bis das Problem der Besitztitel für die Ländereien gelöst ist. Das Abkommen hatte in dieser Situation natürlich nur behelfsmäßigen Charakter, der die Gemüter der Siedler beruhigte und unsere Freilassung ermöglichte. Doch darüber hinaus stieß die drastische Protestaktion einen profunden Reflektionsprozess an, was bei der Ausweisung des Schutzgebietes alles schief gelaufen war. Diese Lessons Learned lassen sich für ähnliche Prozesse nutzen.

## Hart umkämpfter kultureller und biologischer Reichtum

Der Kanton Nangaritza gehört zur Provinz Zamora Chinchipe. Rund ein Viertel der etwa 5.000 Einwohner des Kantons sind Indigene, der Rest Mestizen. Nangaritza liegt an der Westflanke der El Cóndor-Kordillere, die

die Grenze zwischen Peru und Ecuador bildet. Deren Ausläufer sind angestammtes Territorium der Shuar, des zweitgrößten indigenen Volkes Ecuadors. Über diese kulturelle Bedeutung hinaus, ist die Region von großem ökologischem Interesse. Die Wälder, die die Andenhänge bedecken, dort, wo die Berge in das Amazonastiefland übergehen, stellen eine der biologisch vielfältigsten Gegenden ganz Südamerikas dar. Der Oberlauf des Nangaritza-Flusses, gemeinhin Alto Nangaritza genannt, beherbergt zudem die letzten Bestände an feuchten, niedrigen Bergwald im Süden Ecuadors.

Derselbe Landstrich war aber auch wiederholt Kriegsschauplatz, aufgrund von Territorialstreitigkeiten zwischen Ecuador und Peru. Um seine Gebietsansprüche zu legitimieren, erleichterte der ecuadorianische Staat den Zuzug von Siedlern als „lebendige Grenze“, was wiederum Konflikte mit den Shuar-India-

Ein Bergbaukamp in der El Cóndor-Kordillere. Giftiger Abfall wird direkt in den Fluss entsorgt.





Quelle: Wiebke Roesig

Ein Shuar-Frau wäscht Yukawurzeln, eines der Grundnahrungsmittel der Bewohner der Region.

ern auslöste. Der Friedensvertrag mit Peru 1998 brachte Fortschritt für die Region: Straßen, Gesundheitsposten und Schulen wurden gebaut. Im Jahr 2000 führte die ecuadorianische Regierung dann ein Projekt zur Legalisierung von Landtiteln im Grenzgebiet durch. Doch die unzulängliche Planung und Umsetzung des Vorhabens leistete der Spekulation mit Besitztiteln Vorschub und Grund und Boden, der in Wirklichkeit traditionelles Shuar-Territorium war, wurde als Brachland ausgewiesen.

Die Ausweisung des Schutzwaldes soll dem Grünhäher aus der Gattung der Blauraben das Überleben sichern.



Quelle: Francisco Enriquez/life.nbii.gov

Die nachgewiesenen großen Kupfer- und Goldvorkommen in der El Cóndor-Kordillere haben transnationale Bergbauunternehmen auf den Plan gerufen, die inzwischen im Besitz von Abbaulizenzen für den größten Teil der Gebirgskette sind. Wegen der schwerwiegenden Umweltauswirkungen gab es allerdings heftigen Widerstand gegen den industriellen Bergbau, insbesondere von Seiten der Shuar (siehe hierzu auch den Artikel zum Thema Bergbaukonflikte).

### Der lange Weg zur Ausweisung des Schutzwaldes

Die Holländische Botschaft hatte bereits 1997 ein Projekt in der Pufferzone des Podocarpus-Nationalparks begonnen, um dessen Bewirtschaftung zu verbessern und um eine nachhaltige lokale Wirtschaftsentwicklung zu fördern. Für das Gebiet des Alto Nangaritza, das an den Nationalpark grenzt, wurde die Ausweisung eines Schutzwaldes empfohlen. So sollte der Zuwanderung von Siedlern und Bergbauunternehmen Einhalt geboten und der Bestand an einzigartigen Wäldern gesichert werden.

Die Ausweisung des Schutzwaldes erfolgte im Februar 2002, unter Federführung des Umweltministeriums, das von einem örtlichen multisektoralen Komitee unterstützt wurde. 128.000 Hektar des Oberlaufes des Nangaritza wurden so unter staatlichen Naturschutz gestellt. Mitte 2003 schlug die Stiftung Arcoiris vor, einen Bewirtschaftungsplan für den Nangaritza-Schutzwald zu erarbeiten. Gemeinsam mit dem Unterstützerkomitee planten wir die ent-

sprechenden Aktivitäten, anfangs vor allem Informationsveranstaltungen zu gesetzlichen Rahmenbedingungen und zu Fragen der Bewirtschaftung des Schutzwaldes. Im Anschluss wurde eine sozio-ökologische Kurzdiagnose durchgeführt.

### Ein latenter Konflikt tritt zu Tage

Hierbei wurde die Unzufriedenheit der Siedler sichtbar. Viele von ihnen sahen ihre Hoffnungen auf die Zuteilung von Besitztiteln für das von ihnen bebaut Land enttäuscht, das innerhalb des Schutzwaldes lag. Sie hatten ein entsprechende Verfahren bei der zuständigen Behörde, dem Instituto de Desarrollo Agrario (INDA) eingeleitet; doch nun hieß es auf ein Mal, es müsse auch noch das Umweltministerium zustimmen. Ihre Verbitterung erhöhte sich zusätzlich durch die Tatsache, dass die Shuar-Indianer damit begonnen hatten, vom INDA als Brachland ausgewiesenes Land als ihr angestammtes Territorium zu markieren. Die Siedler befürchteten, dass sie in Zukunft keinen Zugang zu neuem Land haben würden und dass ihre Kinder, mangels ökonomischer Alternativen, ihre Gemeinden verlassen müssten. Diese Ängste sind im Zusammenhang mit den persönlichen Erfahrungen der Siedler zu sehen, die als verarmte Kleinbauern aus ihren Heimatdörfern in den Anden in das hochgelegene südliche Amazonasgebiet von Ecuador ausgewandert waren.

Der von Arcoiris in Angriff genommene Bewirtschaftungsplan führte zwar zu einer Annäherung zwischen dem Umweltmi-

nisterium und den Siedlern. Doch diese waren weiterhin argwöhnisch, denn sie sahen im Schutzwald vor allem Beschränkungen, die sie zuvor nicht gekannt hatten. „Wir haben schon immer frei gelebt, und so wollen wir auch weiter leben“, war ein oft wiederholter Satz. An diesem Punkt verstärkten die Aktivitäten radikaler Umweltaktivisten die Ängste der Bevölkerung hinsichtlich des Zugangs zu Land und der Ressourcennutzung innerhalb des Schutzwaldes.

In einem letzten Anlauf zur Lösung des Konflikts schlug Arcoiris vor, neue Dialogräume zu schaffen. Wir schätzten die Situation jedoch falsch ein. Die Ereignisse der drei Tage im Mai 2004 gaben ein anschauliches Zeugnis davon. Erst ein halbes Jahr später hatte sich die Lage so weit entspannt, dass – mit Unterstützung der Stiftung Fundación Futuro Latinoamericano – eine definitive Lösung für den Konflikt gefunden werden konnte (siehe folgender Artikel).

### Analyse der verschiedenen Akteure und ihrer Interessen

In Ecuador, wie in den meisten Ländern der Region, haben die traditionellen Machtverhältnisse eine extreme soziale Ungleichheit hervorgebracht. Diese Ungleichheit tritt auch in Nangaritza zutage: Die meisten Siedler hatten ihre Dörfer in den Anden verlassen, weil ihnen die Dürre, die Auslaugung der Böden und die Armut keine andere Wahl ließen. Mit der Hoffnung auf Zugang zu fruchtbarem Land kamen sie in die ihnen fremde und feindlich erscheinende Umgebung des Amazonasgebietes. Aufgrund fehlender staatlicher

Unterstützung mussten sie große Anstrengungen unternehmen, um ihre Lebensbedingungen halbwegs erträglich zu machen. Doch die nur für kurze Zeit fruchtbaren Amazonasböden erlaubten es ihnen nicht, aus der Subsistenzwirtschaft heraus zu kommen. Mit der gewaltsamen Protestaktion in Nangaritza verliehen sie letztendlich ihren jahrelangen Forderungen nach gesellschaftlicher Integration Ausdruck, die über den Zugang zu Land hinausgehen.

Die Lage der Shuar-Gemeinden ist nicht viel anders. In der Vergangenheit wurden diese in immer abgelegeneren Gegenden des Amazonasbeckens zurückgedrängt. Der Alto Nangaritza stellt für sie eine der letzten Möglichkeiten dar, sich einen geschützten Lebensraum zu sichern.

Die Nutzung der Ressource Wald ist ein besonders delikates Thema. Die staatliche Forstpolitik sorgte in Ecuador schon immer für Umwelt- und Ressourcenkonflikte, da Mechanismen wie die vorherige Konsultation oder ein Mitspracherecht der betroffenen Bevölkerung nicht vorgesehen waren. Das Umweltministerium beschränkt sich gemeinhin darauf, bestimmte Kontrollfunktionen auszuüben, und es fehlt ihm an den für ein effektives Umweltmanagement notwendigen finanziellen und personellen Kapazitäten.

Unvereinbare Interessen zwischen einzelnen Ministerien sorgen für zusätzliche Divergenzen. In Ecuador entstehen solche Interessenkonflikte häufig zwischen dem Energieministerium und dem Umweltministerium, wenn es um die Nutzbarma-

chung von Bodenschätzen geht. Während ersteres die Ausbeutung dessen, was unter der Erde liegt, vorantreibt, verfolgt letzteres den Schutz dessen, was auf der Oberfläche lebt. Das Energieministerium setzt seine Interessen in der Regel durch, denn die Bodenschätze sind für die Regierung strategische Naturressourcen.

### Lessons Learned

Der Konflikt im Nangaritza-Schutzwald spiegelt die komplexe Realität Amazoniens wieder, die sich durch ihre Interessenvielfalt auszeichnet. Indigene Völker, unkontrollierte Besiedlung, Handel mit Landtiteln sowie die Förderung von Erdöl und Edelmetallen tragen zu einer gefährlichen Gemengelage bei, in der die Ausweisung von Naturschutzgebieten und die Legalisierung traditioneller

### Naturschutzgebiete in Ecuador

Die Sorge um die Erhaltung der Einzigartigkeit und der besonderen Schönheit der Natur nahm in Ecuador bereits 1936 mit der Schaffung des Nationalpark Galápagos ihren Anfang. Um den Fortbestand der bedeutendsten Ökosysteme des Landes zu sichern, wurde später das staatliche Managementsystem für geschützte Naturflächen, SNAP, eingerichtet. Augenblicklich existieren 35 Naturschutzgebiete, die über 18% der Fläche Ecuadors bedecken.

Daneben gibt es das staatliche Managementsystem für Schutzwälder und unter Naturschutz stehende Vegetation, welches über 200 Schutzflächen anerkennt, die über 10% des Landesterritoriums ausmachen. Im Gegensatz zum SNAP, sieht dieses System sowohl die Bewahrung der Natur als auch bestimmte Wirtschaftstätigkeiten innerhalb der Schutzgebiete vor.

Der Podocarpus-Nationalpark beherbergt die größte Vielfalt an geschützten Ökosystemen im Süden Ecuadors. Sein Name rührt von dem gleichnamigen Baum, der typisch für den immergrünen Bergwald der Gegend ist, und der gleichzeitig der einzige native Nadelbaum des Landes ist.



Quelle: Arturo Jiménez/Arcoiris

Camp eines Bergbaukonzerns im Alto Nangaritza. Gold, Silber und Kupfer locken.

Territorien unweigerlich mit anderen Interessen kollidiert. Bevor solche Gebiete deklariert werden, sollte zuerst das Beziehungsgeflecht zwischen den interessierten Parteien analysiert und dann geprüft werden, welche Auswirkungen das Vorhaben auf diese hat.

Die 150 Kilometer lange El Cóndor-Kordillere erhebt sich bis auf 2.900 Meter und bildet die natürliche Grenze Ecuadors zu Peru.



Quelle: José Loniza/life.nbii.gov

Wir von der Organisation Arcoiris begingen den Fehler, die radikalen Umweltschutzgruppen und deren Interessen nicht in unsere Planung miteinzubeziehen. Diese waren primär nicht daran interessiert, den Konflikt zu lösen. Sie vermuteten vielmehr versteckte Interessen bei internationalen Naturschutzorganisationen mit Projekten vor Ort. Möglichen Menschenrechtsverletzungen durch diese Organisationen wollten die radikalen Umweltschützer vorbeugen, indem sie eine lokale Widerstandsbewegung gegen deren vermeintliche Begehrlichkeiten bildeten. Als zentrale Konfliktakteure wäre es wichtig gewesen, sich diesen Gruppierungen anzunähern und nach gemeinsamen Interessen zu suchen.

Ein weiterer wichtiger Faktor der zum Ausbruch des Konflikts in Nangaritza beitrug, war die unzureichende vorherige Konsultation der Bevölkerung. Wir bezogen nur einige wenige Gemeinden und ihre Vertreter mit

ein, und fälschlicherweise setzten wir deren Teilnahme an den Informationsveranstaltungen mit einer Zustimmung zum Schutzgebiet gleich. Die Stiftung Arcoiris konzentrierte sich außerdem zu sehr auf die Shuar-Indigenas, die wir als die benachteiligste Bevölkerungsgruppe identifiziert hatten. Wir vernachlässigten so die Interessen der Siedler und anderer Akteure, beispielsweise der Bergbaufirmen und der Holzhändler.

Was die Beziehung zur lokalen Bevölkerung angeht, muss sich Arcoiris eingestehen, dass ihre Kommunikationswege und -formen nicht an die Situation der Menschen angepasst war. Wir sprachen regelrecht unterschiedliche Sprachen. In Folge dessen wurde die Bevölkerung nie adäquat informiert. Es wäre wichtig gewesen, eine direktere Kommunikation zu suchen und Fachjargon zu vermeiden. Wir von Arcoiris hätten unseren Experten- und städtischen Hintergrund kritisch reflektieren und anerkennen müssen, dass wir mit der Realität unserer Zielgruppe nicht ausreichend vertraut waren. Unsere soziokulturelle Fremdheit verursachte uns ein Legitimitätsdefizit, das wir hätten vermeiden können, indem wir zum Beispiel ein lokales Arbeitsteam gebildet hätten, welches mit den Interessen und Bedürfnissen der Leute vertraut war.

Ein weiterer Fehler von Arcoiris war es, der Naturschutzidee zu große Bedeutung beizumessen. Unsere mangelnde Erfahrung und Sensibilität hinsichtlich soziökologischer und politischer Faktoren, die im Nangaritza-Schutzgebiet ausschlaggebend waren, hat nicht unwesentlich



zur Eskalation des Konfliktes beigetragen. Wir machten eine grundlegende Erfahrung: Ein konfliktsensibler Umweltschutz muss sich zuallererst um die Menschen kümmern. Dank dieser Erfahrung berücksichtigt die Arbeit von Arcoiris heute mehr die humanen Faktoren, und es wird versucht, sowohl den Rechten der Natur als auch den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

*Arturo Jiménez ist Geologe und Gründungsmitglied der Umweltschutz-Stiftung Arcoiris, die eine der Mitgliedsorganisationen des Netzwerks PLASA (siehe Überblick ZFD Ecuador) ist, das von 2005 bis 2008 von Fachkräften des DED/ZFD beraten wurde. Website Fundación Arcoiris: [www.arcoiris.org.ec](http://www.arcoiris.org.ec)*

## ZFD Konfliktanalyse in Naturschutzgebieten

Der Zivile Friedensdienst im DED Ecuador hat den Konflikt in Nangaritza eingehend analysiert und aufgearbeitet. Unter anderem führte er 2005 eine Konfliktanalyse in fünf ausgewählten Naturschutzgebieten durch, in denen Fachkräfte des DED Ecuador tätig waren, darunter der Nangaritza-Schutzwald. Die Lessons Learned wurden auf verschiedenen Veranstaltungen den ZFD-Partnerorganisationen sowie interessierten Mitarbeitern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt. Anhand der Darstellung des Falles konnte und kann der ZFD auf Veranstaltungen besonders gut auf die Notwendigkeit einer konfliktsensiblen Projektplanung im Allgemeinen und im DED Ecuador im Besonderen hinweisen.

Die erwähnte Studie 'Diagnóstico del Servicio Civil para la Paz sobre el manejo de conflictos socioambientales en el DED Ecuador' steht auf der Website des DED Ecuador <http://ecuador.ded.de> als PDF-Download zur Verfügung.

Naturschutz muss auch den menschlichen Bedürfnissen Rechnung tragen.



Quelle: Wiebke Rössig



Quelle: Wiebke Roeszig

Um an den Ort des Geschehens zu gelangen, waren für die Prozessbegleiter von FFLA lange Bootsfahrten durch die einzigartige Flusslandschaft des Nangaritza unerlässlich.

## Der Weg von der Gewalt hin zur Zusammenarbeit Naturschutzkonflikte 2

von *Patricio Cabrera und Juan Dumas*

**Die gewaltsame Eskalation des Konflikts im Kanton Nangaritza ist ein drastisches Beispiel für die Konsequenzen einer unzureichenden Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an der Ausweisung von Schutzgebieten. Zwei Mitarbeiter der Stiftung Futuro Latinoamericano (FFLA), die im Dialog zwischen den Konfliktparteien vermittelten, berichten, wie es geschafft wurde, das Vertrauensverhältnis zwischen diesen wiederherzustellen.**

Das Gebiet am Oberlauf des Nangaritza, Alto Nangaritza genannt, beherbergt eine einzigartige Tier- und Pflanzenwelt. Die Ausweisung des gleichnamigen Schutzwaldes 2002 hätte ein Meilenstein im Naturschutz sein können. Doch die anfängliche Skepsis eines Teiles der lokalen Bevölkerung verwandelte sich

im Verlauf des Prozesses in offene Ablehnung und gipfelte 2004 in gewalttätigen Auseinandersetzungen (siehe vorhergehender Artikel). Hiernach distanzieren sich die Konfliktparteien, und die Schutzwaldinitiative lag auf Eis. 2005 beauftragte das ecuadorianische Umweltministerium dann die Organisation FFLA

mit der Bearbeitung des Konflikts, um den Prozess wieder aufnehmen zu können.

### Desinformation und Argwohn

Eine erste Konfliktanalyse durch die NGO zeigte, dass die Kleinbauern von Nangaritza von An-

fang an misstrauisch waren, weil sie nicht angemessen über das Vorhaben informiert wurden. Für sie hatten sich die Regeln für die Nutzung der Naturressourcen auf ihren Fincas – urbar gemachtes Land, das sie dem Urwald abgerungen haben – von einem Tag auf den anderen geändert, ohne dass ihnen jemand genau erklärt hätte, was die neuen Regeln für sie bedeuten. Nachdem ihnen der Staat über Jahrzehnte noch nicht einmal die elementarsten Dienstleistungen zukommen ließ, wollte das Umweltministerium nun mit Vorschriften in ihre traditionellen Wirtschaftsformen eingreifen.

In dem Gebiet hatten nie klare Landbesitzverhältnisse geherrscht. Die Siedler hatten deshalb langwierige Verfahren angestrengt, um individuelle Landtitel zuerkannt zu bekommen. Diese waren plötzlich null und nichtig: Mit Ausweisung des Schutzwaldes ging die Zuständigkeit für Landfragen auf das Umweltministerium über, das jedoch nur kollektive Landtitel zuerkennen kann. Individueller Landbesitz in Schutzgebieten ist nicht vorgesehen.

Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, dass die Ausweisung des Schutzwaldes für die Kleinbauern, die in extremer Armut leben, eine existenzielle Bedrohung darstellte. Sie sahen keine andere Möglichkeit als ihre Interessen mit Gewalt zu verteidigen. Der "Fall Nangaritz" hat wichtige Diskussionen um die Folgen der Einrichtung von Naturschutzgebieten sowie über die Governance-Modelle für diese Gebiete ausgelöst. Aus diesen Diskussionen lassen sich eine Reihe von Schlussfolgerungen

über Methoden und Ansätze in den Bereichen Dialogführung und Konfliktmanagement ableiten. Im Folgenden soll versucht werden, die zentralen Diskussionspunkte zusammenzufassen.

### Schutzgebiete versus menschliche Bedürfnisse

Die Ausweisung von Schutzgebieten erfolgt oft ausschließlich auf Grundlage von naturwissenschaftlichen Kriterien wie Endemismus und Artenvielfalt. Praktisch alle Naturräume beherbergen aber auch Bevölkerungsgruppen, deren Überleben oft direkt von der Ausbeutung der Naturressourcen abhängt. Die Konsequenzen restriktiver Schutzvorschriften für sie werden bei den Schutzgebietsvorhaben oft nicht bedacht.

Die örtlichen Gemeinden sind sich dabei zumeist über die Vorteile des Naturschutzes im Klaren. Wenn ihnen allerdings keine Einkommensalternativen zur Verfügung stehen und das Überleben ihrer Familien auf dem Spiel steht, sehen sie sich gezwungen, die natürlichen Rohstoffe zu nutzen bzw. zu übernutzen. So stehen die staatlichen Umweltinstanzen häufig in einem Spannungsfeld zwischen dem Schutz der Natur und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Menschen.

Dieser Interessenkonflikt vergrößert sich, wenn der staatliche Naturschutzansatz vorrangig mittels Vorschriften und Kontrollaktivitäten umgesetzt wird. Dieser Top-Down-Ansatz verschärft die bestehenden Konflikte und führt zu Argwohn, Zurückweisung und Gewalt. Es gibt aber auch alternative horizontale Ansätze des Schutzge-

bietsmanagements, die auf einer engen Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung basieren. Voraussetzung ist, dass

- alle Bündnispartner gleichberechtigt sind,
- die jeweiligen Unterschiede von den Akteuren respektiert werden, und
- die Risiken, die jede Veränderung mit sich bringt, von allen getragen werden.

### Neue Governance-Modelle

Will man die lokale Bevölkerung in die Naturschutzprojekte miteinbeziehen, muss über neue Regelungs- und Steuerungssysteme für Schutzgebiete nachgedacht werden. Gemeinden, Behörden und Nichtregierungsorganisationen müssen konzentriert zusammenarbeiten. Der Fall Nangaritz machte die Bedeutung zweier Faktoren für Good Governance deutlich: der Zugang zu Information und die Beteiligung der Akteure vor Ort.



Quelle: Wiebke Roessig



Quelle: Francisco Enriquez/life.nbi.gov

Der Alto Nangaritz ist für seine Artenvielfalt bekannt. Oben eine der zahlreichen Orchideenarten, unten der Adlerkolibri.

### Was ist Good Governance?

Dem Institute of Governance (2002) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP (1997) zufolge, beinhaltet ein gutes Governance-Modell die folgenden Elemente:

- Zugang zu Information
- reale Beteiligung der Akteure an der Entscheidungsfindung
- alle Akteure kommen den von ihnen übernommenen Verpflichtungen verbindlich nach
- die Einhaltung bestehender Normen
- eine von allen Akteuren geteilte strategische Zielvision
- die notwendigen finanziellen Ressourcen, um die Aktivitäten durchzuführen
- Offenlegung der durchgeführten Aktionen



## Information ist entscheidend

Die von FFLA gemachte Erfahrung zeigte, wie wichtig es ist, die lokalen Akteure gut zu informieren, wenn mit diesen eine Zusammenarbeit aufgenommen und Konflikte vorgebeugt werden soll. Die Bevölkerung muss verstehen, welche Ziele die Zusammenarbeit verfolgt und wieso und zu welchem Zweck gemeinsame Aktivitäten vorgeschlagen werden. Es müssen die Vorteile, aber auch die Risiken des Naturschutzvorhabens transparent gemacht werden. Eine gute Kommunikationsstrategie heißt auch, den Fachjargon der Techniker in eine verständliche Sprache zu übersetzen. Nur unter diesen Voraussetzungen kann eine echte Partizipation stattfinden und können die Informationen in beide Richtungen fließen.

## Partizipation ist nicht gleich Partizipation

Sämtliche professionellen Naturschützer führen heutzutage das Wort Partizipation im Munde. Doch dieses Konzept hat für

sie nicht unbedingt dieselbe Bedeutung wie für die Staatsorgane oder die ländlichen und indigenen Gemeinden. Die Umweltbehörden und die Mehrzahl der Naturschutzorganisationen sind generell der Auffassung, Partizipation hieße, sich mit den lokalen Akteuren zu treffen, von diesen die notwendigen Basisinformationen für die Erstellung von Plänen und Projekten zu erhalten und ihnen diese später als entschiedene Sache vorstellen.

Die Gemeinden und die örtlichen Behörden fordern jedoch eine aktivere Mitwirkung an der Entscheidungsfindung, um sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden. Sie wollen nicht nur passive Informanten sein, sondern aktiv an ihrem eigenen Entwicklungsprozess beteiligt werden. Dieser Bedeutungsunterschied bringt auch unterschiedliche Erwartungshaltungen mit sich, die ihrerseits oft Konflikte auslösen. Im Falle des Nangaritzza-Schutzwaldes war eine zentrale Aussage der Konfliktparteien, dass sie in dem von FFLA begleiteten Dialog "zum ersten Mal angehört wurden und Gelegenheit bekamen, zur Lösung des Konflikts beizutragen".

## Hin zu einem Dialog zwischen Bündnispartnern

Will man die lokalen Akteure wirklich als Bündnispartner ins Boot holen, müssen partizipative Ansätze, wie Dialog und Verhandlung, Vorrang haben. Die Umweltbehörde muss ihre Rolle deswegen nicht aufgeben. Sie soll ihre Macht lediglich mit den lokalen Akteuren teilen, um gemeinsam mit diesen Wege zu finden, die den verschiedenen Bedürfnissen gerecht werden.

Im Alto Nangaritzza wollte das Umweltministerium anfangs seine Vorstellungen bedingungslos durchsetzen. Im Verlauf des Dialogprozesses modifizierte es diese Position dann; und letztendlich erklärte es sich bereit, die Fincas der Kleinbauern aus der ursprünglich vorgesehenen Schutzfläche herauszunehmen, um so ein effizienteres Schutzgebietsmanagement zu erreichen.

Die Wirksamkeit eines Dialogprozesses hängt von verschiedenen Faktoren ab. An dieser Stelle sollen zwei herausgehoben werden, die uns am Wichtigsten erscheinen. Erstens ist es von grundlegender Bedeutung, die örtliche soziale Dynamik und die bestehenden Konfliktlinien zu kennen und zu respektieren. Es geht darum, herauszufinden, wie vor Ort Entscheidungen getroffen werden, wer die sozialen Gruppen repräsentiert, und welche Interessen diese Gruppen verfolgen. Zweitens ist es wichtig, dass der gemeinsamen Entscheidungsfindung über ein Naturschutzprojekt eine stimmige Prozessplanung zu Grunde liegt. Hierzu bedarf es klarer Regeln für alle Beteiligten; einer Institution, die den Prozess anführt, und die Legitimität und das Vertrauen aller genießt; sowie einer Person oder Organisation, die sicher stellt, dass die Bedürfnisse aller Akteure in den Dialogprozess eingebracht werden.

## Konfliktsensibilität

Sowohl Umweltbehörden als auch Naturschutzorganisationen denken für gewöhnlich erst dann über Mechanismen der Konflikttransformation nach, wenn eine Krise offen zu Tage getreten oder ein Konflikt eskaliert ist. Einen Ansatz zur kon-

Auf den Dialogveranstaltungen hatten die Beteiligten zum ersten Mal das Gefühl, dass ihren Bedürfnissen Aufmerksamkeit geschenkt wurde.



fliktensiblen Projektplanung und -durchführung haben die wenigsten von ihnen im Programm. Dabei kann ein solcher Ansatz die Erfolgsaussichten eines Projekts erheblich vergrößern.

In einer konfliktsiblen Institution wissen die Mitarbeiter und Projektpartner, dass Umwelt- und Ressourcenkonflikte neue Handlungsoptionen eröffnen und sie deshalb im Projektverlauf transparent gemacht werden sollten. Es gilt, die vorherrschende Tendenz aufzubrechen, mit diesen Konflikten hinterm Berg zu halten, weil sie als Indikatoren für den Fehlschlag eines Projekts interpretiert werden. Doch erst wenn man Konflikte sichtbar macht, können innovative Praktiken der Konfliktbearbeitung entwickelt werden.

## Elemente eines adäquaten Konfliktmanagements

Einer erfolgreichen Konfliktprävention und -transformation muss ein Vertrauensbildungsprozess vorausgehen. Tragfähige Vereinbarungen zur Zusammenarbeit können nur dann zustandekommen, wenn Verständnis für alle Akteure und deren unterschiedlichen Wahrnehmungen aufgebracht wird.

Wenn die Spannungen zwischen den Konfliktparteien einmal eskaliert sind, gibt es allerdings kein allgemeingültiges Schema, nach dem vorgegangen werden kann. Jeder Konflikt hat seine Eigenheiten und muss dementsprechend differenziert bearbeitet werden. Drei Grundprinzipien sind allerdings für jeden Dialogprozess maßgeblich: 1) gleicher Zugang zu Informa-

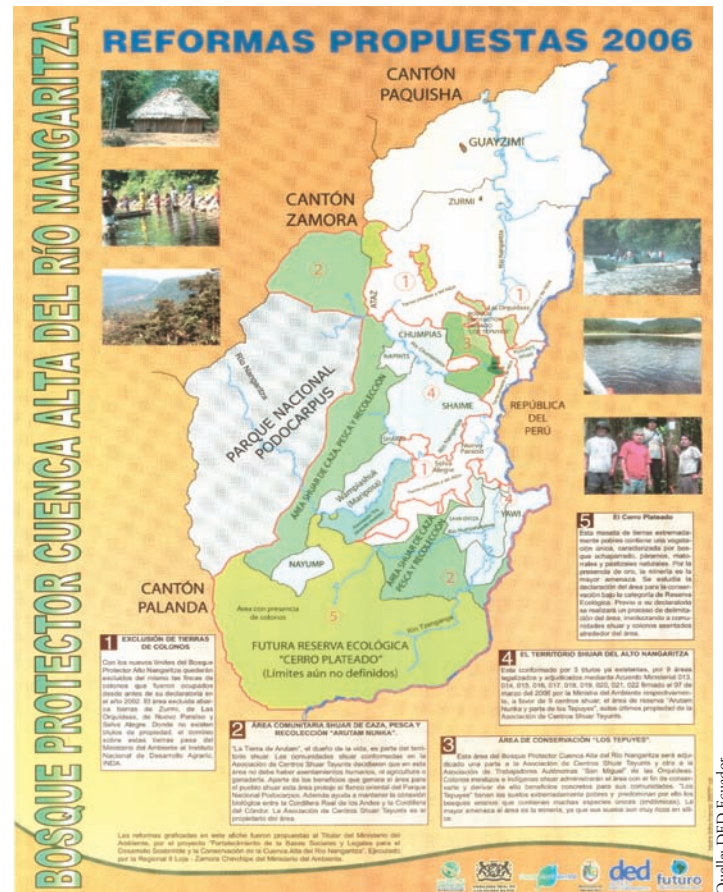
tionen, 2) gleiche Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle, und 3) autarke Entscheidungsfindung.

Bei der Dialogbegleitung in Nangaritza bediente sich FFLA vor allem Kommunikationsinstrumenten: partizipative Workshops, in denen Informationen vermittelt und nächste Schritte geplant wurden; Verbreitung von wichtigen Dokumenten; und Vorbereitungstreffen für spätere Verhandlungen. Auf diese Art und Weise sollte erreicht werden, dass die Parteien ein erstes Übereinkommen abschließen, deren Umsetzung das gegenseitige Vertrauen festigt.

So konnte der Weg geebnet werden, der zur Unterzeichnung des Abkommens führte, in dem die Grenzen des Nangaritza-Schutzwaldes neu festgelegt und Verantwortlichkeiten für alle Akteure definiert wurden. Außerdem wurde die Umsetzung dieses Abkommens begleitet. Darüber hinaus trug die Unterstützung durch FFLA in Nangaritza dazu bei, den interkulturellen Dialog zu verbessern; Führungsrollen, auch bei Jugendlichen zu konsolidieren; und die örtlichen Organisationen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Zusätzlich eröffneten sich neue Perspektiven für Naturschutz- und Entwicklungsprojekte und der Tourismus konnte in die Gegend zurückgeholt werden.

## Vom Krisenmanagement zur Transformation des Krisenkontextes

In einer lebendigen Gesellschaft, in der den sozialen Akteuren das Recht zugestanden wird, ihren Forderungen nach Erfüllung ih-



Quelle: DED Ecuador

rer Bedürfnisse Nachdruck zu verleihen, sind Konflikte als normale Phänomene sozialen Wandels zu sehen. Ein angemessener Umgang mit Konflikten muss von daher über die bloße Gewaltprävention hinausgehen. Konzentriert man sich ausschließlich auf das Krisenmanagement, vergibt man eine einzigartige Gelegenheit, den Krisenkontext zu verändern. Noch Jahre nach dem Konflikt kann in Nangaritza eine Verbesserung der lokalen Regierungsführung und der Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Akteuren festgestellt werden. Auf dieser Grundlage war es FFLA möglich, die Erarbeitung einer gemeinsamen Zukunftsvision für den Kanton anzustoßen. Unter Mitwirkung aller Akteure wurden die wichtigsten Arbeitsfelder und Entwicklungsziele für

Als Ergebnis des Dialogprozesses wurden Gebiete wie die Fincas der Kleinbauern (im Norden) und die Jagdgründe der Shuar-Indigenen (im Süden) aus dem Schutzwald ausgeklammert. Die neuen Grenzen des Schutzwaldes wurden auf einem vom DED finanzierten Plakat publik gemacht



den Kanton definiert. Hierzu wurde im Vorfeld der gemeinsamen Reflektion Raum gegeben, und es wurden die für die Entscheidungsfindung notwendigen Informationen bereitgestellt.

Ein strukturierter und informierter Raum, der es erlaubt, gemeinsam über Herausforderungen, Bedürfnisse, und richtungweisende Entscheidungen nachzudenken, ist in einer Region, in der die meisten Bewohner für gewöhnlich ausschließlich die Deckung ihrer kurzfristigen Bedürfnisse im Sinn haben, von unschätzbarem Wert. Um die Durchführung nachhaltiger Entwicklungsinitiativen in Nangaritza zu ermöglichen, gründete sich ein lokaler Entwicklungsausschuss. So festigte sich das soziale Netz im Kanton, Mitwirkungsmechanismen wurden gestärkt und der Teufelskreis kurzfristiger und -sichtiger Ziele und Politiken konnte durchbrochen werden.

Die Konfliktintervention durch FFLA auf lokaler Ebene hatte aber auch Veränderungen auf nationaler Ebene zur Folge. Indem auf eine Ungerechtigkeitsituation hingewiesen wurde, die in praktisch allen Schutzwäldern des Landes vorliegt, wurde ein wichtiger Präzedenzfall geschaffen, der zur Revision der Naturschutzgesetzgebung führte. In den Vorschriften zur Ausweisung von Schutzgebieten wurden Elemente größerer Mitbestimmung der betroffenen und interessierten Bevölkerung eingeführt. Des Weiteren kann das Umweltministerium heute unter bestimmten Voraussetzungen individuelle Landtitel innerhalb von Schutzwäldern vergeben. Das Krisenmanagement schuf somit die Grundlage für eine Transformation des Krisenkontextes.

*Patricio Cabrera ist Ökologe und hat einen Masterabschluss in Umweltmanagement. Zurzeit ist er Projektleiter bei FFLA.*

*Juan Dumas ist Anwalt und war bis 2009 Geschäftsführer von FFLA. Die Organisation ist seit 2006 Partnerorganisation des ZFD Ecuador. Von 2004 bis 2006 hatte FFLA das Sekretariat des Netzwerkes PLASA (siehe Überblick ZFD Ecuador) inne.*

Die Gegend entlang des Nangaritza-Flusses hat das Potential zu einem ökotouristischen Reiseziel.





## Auf ein paar Liter mehr oder weniger kommt es an Wasserkonflikte

von Martha Galarza und Alejandro Christ<sup>1</sup>

**Die effizientere Verteilung des Wassers erscheint als eine einleuchtende Antwort auf die chronische Knappheit dieses Naturguts in der Landwirtschaft. Wenn jedoch Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden, ohne vorher gewissenhaft die lokalen Machtverhältnisse und die traditionellen Zugangsrechte zum Wasser zu untersuchen, dann können diese mehr Schaden anrichten als Gutes tun. Dies wird an dem hier dargestellten Fall, der sich im zentralen Andenhochland Ecuadors zutrug, nur allzu deutlich: Ein neuer Bewässerungskanal entfachte regelrechte Kämpfe um das Wasser.**

Im Dezember 2007 gingen zwei Gruppen von Wassernutzern der Provinz Tungurahua mit Hacken und Macheten aufeinander los. Die einen hatten die anderen dabei überrascht, wie sie den Wasserlauf eines teuren neuen Wasserkanals in einen jahrhundertalten irdenen Bewässerungsgraben umleiten wollten. Die Auseinandersetzungen endeten mit mehreren Schwerverletzten auf beiden Seiten.

### Ein Konflikt mit langer Vorgeschichte

Der nach seinem Verlauf 'Mocha-Quero-Pelileo' genannte Bewässerungsgraben war Anfang des 19. Jahrhunderts gebaut worden, um den Bauern zweier Kantone der so genannten Provinz 'der Früchte und der Blumen' die Bewässerung ihrer Felder zu erleichtern: den am Oberlauf lebenden Bauern aus Quero

und denen aus Pelileo am Unterlauf. Die insgesamt knapp 2000 Wassernutzer organisierten sich in *juntas de regantes*, Gemeindekörperschaften, die für eine gerechte Verteilung des kostbaren Guts sorgen sollten.

In diesem Sinne wurde vereinbart, dass die *juntas* aus Quero am Tag bewässern und die aus Pelileo in der Nacht. Doch die Beziehungen zwischen den beid

In Ecuador fällt durchschnittlich drei Mal mehr Regen als im Rest der Welt. Da die Regenfälle sich aber nicht gleichmäßig über das Land und über das Jahr verteilen herrscht oftmals Wasserknappheit.

1 | Asael Sánchez (Leiter der Agencia de Aguas de Ambato) unterstützte beim Verfassen dieses Artikels.



Quelle: UNESCO/Andes/CZAP/ASA

Eigentlich steht Ecuador Wasser im Überfluss zur Verfügung; doch nur 37 Prozent der Bevölkerung hat Zugang zu Trinkwasser.

en Gruppen waren schon immer angespannt: Die Wassernutzer aus Pelileo mussten ständig Sorge dafür tragen, dass die Nutzer aus Quero ihnen nicht "das Wasser stehlen", indem sie ihre Wasserentnahmestellen am Oberlauf des Bewässerungsgrabens nicht schlossen.

### Ein neuer Kanal: eine halbe Lösung

In Anbetracht der Größe des zu bewässernden Gebiets und der geringen zugeleiteten Wassermenge, konnte der Graben das Defizit an Wasser für die Bewäs-

serungsfeldwirtschaft in der Region nicht beheben. Um dieses Problem zu lösen, begann das staatliche Ecuadorianische Institut für Wassererschließung (INERHI) in den 80er Jahren mit dem Bau des Bewässerungskanals Mocha-Quero-Ladrillos, der den alten Wassergraben ersetzen sollte. Doch erst im Jahr 2001 wurde das Bauwerk fertig, nachdem rund 20 Millionen Dollar in seine Konstruktion investiert worden waren.

Doch anstatt die verfeindeten Gruppen zu versöhnen, verschärfte der neue künstliche Wasserlauf die bestehenden Konflikte. Während die Bauern aus Pelileo ihn begrüßten, widersetzten sich Bauern aus Quero vehement seiner Inbetriebnahme. In Anbetracht der Tatsache, dass der neue Kanal eine effizientere Wasserführung erlaubte, eine größere Fläche bewässerte und rund tausend Menschen mehr begünstigte als der alte Bewässerungsgraben, stellt sich die Frage, woher die Ablehnung kam.

### Ursachen und Verstärker des Konflikts

Das INERHI hatte sich bei seinem wasserbaulichen Vorhaben vor allem von technischen und gesetzlichen Aspekten leiten lassen. Die sozioökonomischen und kulturellen Auswirkungen des Bauwerks hatten für die Institution keine Rolle gespielt und die Bevölkerung war nicht adäquat über die Vorteile des neuen Bewässerungskanals informiert worden. Angesichts der Konfliktivität des Zugangs zu Wasser wären aber gerade diese Aspekte von grundlegender Bedeutung gewesen, um die ge-

walttätige Eskalation der Situation zu vermeiden.

So kam es, dass Wassernutzer aus Quero Klage gegen die Inbetriebnahme des neuen Kanals einlegten, durch den sie ihre traditionellen Zugangsrechte zum Wasser beschnitten sahen. Als die Genehmigung des Kanals bekräftigt wurde, erhoben die Kläger Beschwerde am Verwaltungsgerichtshof. Während sich das Verfahren langsam über die Instanzen hinzog, vereinbarten die beiden in Streit befindlichen Gruppen eine de-facto Lösung, die in der abwechselnden Nutzung der beiden Bewässerungssysteme bestand. So wurde erreicht, dass sich keine der beiden Seiten benachteiligt fühlte.

Doch die Lage verschärfte sich als die staatliche Wasserbehörde 2004 die definitive Stilllegung des alten Bewässerungsgrabens forderte und der Verwaltungsgerichtshof gleichzeitig den neuen Kanal für ungesetzmäßig erklärte. Diese widersprüchlichen behördlichen Positionen machten es möglich, dass sich sowohl Befürworter als auch Gegner des Kanals im Recht fühlten, ihre Interessen durchzusetzen. So scheiterten mehrere Versuche, die letzt instanzliche Verfügung zu vollziehen und den neuen Bewässerungskanal zu schließen am gewalttätigen Widerstand der Wassernutzer aus Pelileo. Einige Bauern aus Quero führten ihrerseits Sabotageakte am Kanal durch und versuchten, diesem regelrecht das Wasser abzugraaben.

Mit Hilfe eines massiven Polizeiaufgebots gelang es Ende 2008 schließlich, den Kanal Mocha-Quero-Ladrillos stillzulegen.



Dies löste einen massenhaften Aufstand aus: Rund 1500 Anwohner sowohl Pelileos als auch Queros reparierten den schwer beschädigten Kanal mittels *mingas* – eine traditionelle Form kollektiver Arbeit – und nahmen ihn nach zwei Tagen eigenmächtig erneut in Betrieb. Anschließend organisierten sie Kommissionen, die permanent Wache hielten, damit die Gegner des Kanals diesem keinen Schaden zufügten. Gegenwärtig sind sowohl gegen die Partei aus Quero als auch gegen die aus Pelileo Klagen anhängig. Gegen die einen wegen Beschädigung von Staatseigentum; gegen die andere wegen Widerstandes gegen den Vollzug eines Gerichtsentscheids.

## Perspektiven und Schlussfolgerungen

Der geschilderte Fall aus der Provinz Tungurahua ist kein Einzelfall. In so gut wie allen Provinzen Ecuadors gibt es Konflikte um den Zugang zu Wasser. Diese Konflikte werden sich durch den Klimawandel noch verschärfen. Bleibt zu hoffen, dass die kürzlich gegründete zentrale staatliche Wasserinstanz SENAGUA geeignete Maßnahmen umsetzt, um einen gleichberechtigten Zugang zum Wasser zu erreichen und so die Konfliktivität des Themas zu entschärfen.

In Ecuador existierte lange keinerlei Studie über das Potenzial für Konflikte um Wasser (Zugang und Nutzung). Dies ist aber eine Grundvoraussetzung für deren friedliche Transformation. Der ZFD im DED Ecuador unterstützte deshalb einen Antrag von SENAGUA, eine Studie in diesem Sinne durchzu-

führen. Im März 2009 wurde diese vorgestellt, mit dem Titel “Problematik und Konflikte um die Wasservorräte in Ecuador vor dem Hintergrund des Klimawandels”.

Die Verfasser der Studie untersuchten die fünf wichtigsten Wassereinzugsgebiete des Landes, in denen sie insgesamt 16 Konflikte ausmachten, die als Beispielfälle dienten. Auf Grundlage dieser Fälle konnten drei grundsätzliche Schlussfolgerungen gezogen werden: 1) Die Wasserknappheit ist der Auslöser der Konflikte; 2) in der Landwirtschaft bestehen Konflikte sowohl innerhalb des Wirtschaftszweigs als auch zwischen diesem und anderen Sektoren, insbesondere dem Wasserenergie- und dem Bergbausektor; 3) 15 der 16 untersuchten Konflikte lassen sich als „aktiv und latent“ einstufen, was ein klares Alarmsignal für die Wasserwirtschaft darstellt.

Die Studie zeigte außerdem, dass sich die Bevölkerung auf verschiedene Art und Weise organisiert hat, um Auswege aus den Streitigkeiten um die Nutzung und den Zugang zu Wasser zu finden. Die befragten gesellschaftlichen Akteure stimmten darin überein, dass der Zugang der Konfliktparteien zu Information (vor allem über Konzessionen und Planungen der Regierung) ein Schlüsselement im Konfliktmanagement ist.

*Martha Galarza ist Chemieingenieurin und hat zahlreiche Prozesse der Bürgerbeteiligung und politischen Mitbestimmung im Ressourcenmanagement begleitet.*

**ESTUDIO EXPLORATORIO**  
**PROBLEMÁTICA Y CONFLICTOS SOBRE LOS RECURSOS HÍDRICOS POR EFECTOS DEL CAMBIO CLIMÁTICO**  
**Febrero 2009**

**Cuencas hidrográficas del Estudio**

Logo: **ded** Deutscher Entwicklungsdienst  
 Logo: República del Ecuador Secretaría Nacional del Agua

Die von der Mit-Autorin gemeinsam mit Raúl Vega erstellte Studie steht auf der Website des DED Ecuador <http://ecuador.ded.de> als PDF-Download zur Verfügung.



## Das Lateinamerikanische Forum zur Transformation von Umwelt- und Ressourcenkonflikten Fachveranstaltung

von Volker Frank und Alejandro Christ

Umwelt- und Ressourcenkonflikte stellen wichtige Entwicklungshemmnisse, aber auch oft Folgen von Entwicklungsprozessen in Lateinamerika dar. Diese verschärfen sich zum Teil durch die Folgen des Klimawandels noch. Welche Potenziale zur friedlichen Bearbeitung solcher Konflikte existieren und wie diese gestärkt werden können, stand im Mittelpunkt des Lateinamerikanischen Forums zur Transformation von Umwelt- und Ressourcenkonflikten, das am 21. und 22. Februar in Quito, Ecuador, veranstaltet wurde.

Titelbild der vom DED unterstützten Systematisierung des Forums. Sie kann unter folgendem Link als PDF-Dokument heruntergeladen werden:  
[www.ffla.net/images/stories/PDFS/PUBLICACIONES/III\\_Foro\\_Regional.pdf](http://www.ffla.net/images/stories/PDFS/PUBLICACIONES/III_Foro_Regional.pdf) (18,28 MB)

### III Foro Regional sobre Transformación de Conflictos Socioambientales “Hacia una Agenda de Fortalecimiento de Capacidades”



Es war bereits das dritte Mal, dass das Regionalforum durchgeführt wurde, das in Lateinamerika inzwischen zu einer festen Größe auf dem Gebiet Umwelt- und Ressourcenkonflikte geworden ist. Die Veranstaltung bietet einen wichtigen Raum zur Reflektion konkreter Erfahrungen und Diskussion sowie zum Austausch von lessons learned, Methoden und Strategien. Das kollektive Lernen ist eine der Kernfunktionen des Forums.

Das erste Regionalforum wurde 2005 mit dem Ziel abgehalten, “die Herausforderungen für die Transformation von Umwelt- und Ressourcenkonflikten in Lateinamerika“ zu analysieren. Drei Tage lang führten mehr als 40 Fachleute intensive Debatten über die Möglichkeiten, Grenzen und Synergien der verschiedenen Ansätze zur Konflikttransformation in der Region.

Das nächste Regionalforum 2006 stand unter dem Motto “Die Herausforderung der Konfliktprävention“. Auf der Veranstaltung wurde deutlich, wie groß die Bandbreite von Initiativen der Krisenprävention und -bearbeitung auf dem Subkontinent ist.

## Das dritte Forum: eine Agenda für die Region

Auf dem dritten Regionalforum – das gemeinsam von InWEnt, dem Zivilen Friedensdienst des DED in Ecuador, der Stiftung Futuro Latinoamericano, PLASA, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Universidad Andina Simón Bolívar organisiert wurde – stand das Thema der Stärkung von Kompetenzen der Konfliktbearbeitung im Mittelpunkt. Die Teilnahme von über 160 Experten, Vertretern staatlicher Organisationen sowie Repräsentanten indigener Völker und Entwicklungsorganisationen übertraf alle Erwartungen und ist ein Gradmesser für den steigenden Bedarf des Austausches und Lernens auf diesem Fachgebiet.

Der erste Teil der Veranstaltung war den zwei großen potentiellen Konfliktfaktoren gewidmet, denen die Region gegenüber steht: der Klimawandel und seine Folgen sowie das kontinentale Infrastrukturprojekt IIRSA (Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Sudamericana). Zudem wurden die jüngsten politischen Veränderungen in Lateinamerika und ihr Potenzial für einen neuen staatlichen Umgang mit Umweltkonflikten beleuchtet. Anschließend behandelten Podiumsdiskussionen Ansätze zur Bearbeitung von Bergbaukonflikten, Wasserkonflikten sowie Konflikte in Naturschutzgebieten und indigenen Territorien. Der Schwerpunkt lag bei allen Vorträgen auf den Erfahrungen hinsichtlich der vorhandenen bzw. fehlenden Kompetenzen, die eine erfolgreiche Konflikttransformation möglich machten bzw. gemacht hätten.

Dass die Stärkung von Kompetenzen mehr ist als die bloße Durchführung von Seminaren, zeigte Marvin Fonseca (CooperSoliDar) am Beispiel der Konflikte um die Ausbeutung der marinen Ressourcen in Costa Rica. Langfristige, stabile und solidarische Beziehungen zwischen der externen Nichtregierungsorganisation und den betroffenen Basisgruppen waren die Voraussetzung für den Erwerb der Kompetenzen, die für eine erfolgreiche Konflikttransformation erforderlich waren. In anderen Vorträgen wurde auf die fehlende Vermittlung relevanter Kompetenzen – wie Zugang zu wichtigen Informationen, Stärkung ethnischer Identitäten, Organisationsentwicklung, Prozessplanung – hingewiesen.

Das III. Lateinamerikanische Forum lieferte wichtige konzeptionelle und praktische Beiträge zur Stärkung von Kompetenzen in Prozessen der Konflikttransformation. Gleichzeitig warf es neue Fragen auf. Wie kann das Ungleichgewicht zwischen “Lehrenden” und “Lernenden” zugunsten eines Prozesses des Miteinander-Lernens aufgehoben werden? Auf welche Weise kann das bisherige Nebeneinander von indigenen Konfliktlösungsmechanismen und westlichen Methoden für die Entwicklung innovativer Formen der Konflikttransformation genutzt werden? Welche Instrumente für die Messung der Wirkungen können für Prozesse der Kompetenzstärkung angewandt werden?

*Volker Frank ist Soziologe und Diplom-Entwicklungspolitologe und arbeitete in den Jahren 2001 bis 2004 für den ZFD/DED in Ecuador. Von Juni 2007 bis Dezember 2009 war er erneut als Friedensfachkraft für den DED Ecuador tätig.*

*Alejandro Christ ist Sozialpädagoge und Diplom-Entwicklungspolitologe. Er war ab dem Jahr 2000 bis Februar 2009 für den DED in Ecuador tätig. Ab 2005 arbeitete er im ZFD-Programm, zuletzt als Berater für Wissensmanagement.*



Quelle: Thomas Müller

Oft sind indigene Bevölkerungsgruppen in Umweltkonflikte involviert, da viele der strategischen Naturressourcen auf ihren traditionellen Territorien liegen.

## Die Zunahme der Umweltkonflikte in Lateinamerika als Herausforderung für die personelle Entwicklungszusammenarbeit Ausblick

von Lothar Rast

Dieses Fachheft zeigt anhand des Beispiels Ecuador, welche konkreten Konfliktformationen unter dem manchmal schillernden Begriff „Umwelt- und Ressourcenkonflikte“ auftreten. Die ausgewählten Beispiele, etwa im Bereich der Ausbeutung von Erdöl, der Nutzung von Wasserressourcen oder dem Bergbau, weisen aber auch auf die nationale, oft länderübergreifende Dimension dieser Konflikte hin: Auch wenn sie sich häufig in erster Linie lokal manifestieren oder – leider oft gewaltsam – entladen (wie z.B. in Nangaritza, Dayuma oder im Gebiet der indigenen Gruppe der Sarayaku), so sind es doch Konfliktlinien von nationaler Dimension, die fundamentale Bedeutung für die Entwicklungsländer haben.

Entwicklungsländer kalkulieren die Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen, insbesondere der nicht-erneuerbaren Energie- und Mineralienvorkommen, bei

ihren nationalen Entwicklungsanstrengungen fest mit ein. In einigen Ländern wie Ecuador hat die Ausbeutung von Erdöl, Mineralien und Edelhölzern mit

fast 50% auch eine herausragende Bedeutung für das Bruttoinlandsprodukt. Daher ist für viele Regierungen dieser Länder nicht mehr das „Ob“ die entscheiden-

de Frage, sondern viel stärker das „Wie“ der Nutzung dieser Ressourcen. Jedes Land hat in dieser Frage sicherlich seine eigene Konfliktodynamik und seine eigenen Konfliktakteure. Aber es zeigt sich am Beispiel Lateinamerikas, dass gerade Umweltschutzorganisationen (auch und gerade mit Hilfe internationaler Nichtregierungsorganisationen) und indigene Verbände oft nicht nur das „Wie“, sondern auch das „Ob“ der Ausbeutung dieser Ressourcen infrage stellen. Erstere sehen dadurch die Biodiversität, letztere traditionelle Lebensformen gefährdet. In dem Konflikt zwischen diesen Gruppen und den jeweiligen Regierungen geht es daher oft auch um eine radikale Kritik an den staatlichen Entwicklungsmodellen und -strategien. Die Beiträge von Volker Frank und Mirjam Mahler geben einen Einblick, welche Kluft zwischen den Interessen indigener Völker und den Regierungsstellen bezüglich der Ausbeutung von Erdöl oder des Bergbaus in Ecuador besteht. Allerdings zeigen sie auch, welche Vielfalt an Positionen auch innerhalb indigener Dachverbände herrscht.

Aber auch das „Wie“ der Ausbeutung der Naturressourcen ist konfliktträchtig. Dabei lassen sich – grob – zumindest zwei Konfliktformationen unterscheiden: Konflikte um die Gewinnung der natürlichen Ressourcen (und ihre sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen) und Konflikte um die Verteilung des Nutzens aus der Gewinnung der natürlichen Ressourcen (Verteilung von Einkommen, finanzielle Zuweisungen, Arbeitsplätze). Gleichzeitig sind konkrete Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der Bio-

diversität sehr konfliktträchtig. Die Beiträge von Arturo Jimenez und Juan Dumas in diesem Fachheft zum Konflikt um die Einrichtung eines Schutzgebietes in Zamora Chinchipe geben einen konkreten Einblick, wie schnell solche Konflikte eskalieren und mit Geiselnahme und Verletzten enden können, wenn sie als existenzgefährdend wahrgenommen werden. Der Beitrag von Martha Galarza und Alejandro Christ geht darauf ein, welches Konfliktpotenzial in der Verteilung, Schutz und Nutzung der Ressource Wasser herrscht – selbst in einem Land wie Ecuador, das eigentlich über ausreichende Wasserressourcen verfügt.

### Was kann der Staat leisten?

In dieser Konfliktträchtigkeit spielen staatliche Politiken und die Fähigkeit von Regierungen, ordnungspolitisch in diese Konfliktformationen zu intervenieren, eine wesentliche Rolle. Unabhängig von den konkreten inhaltlichen Positionen der Regierungen – und Regierungen sind fast immer Akteure in Umwelt- und Ressourcenkonflikten bzw. werden als solche wahrgenommen – bleibt die Frage, welche Fähigkeit zur Intervention staatliche Stellen überhaupt in solchen Konflikten haben. Eine im Auftrag des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) im DED Ecuador erstellte Studie kam 2005 etwa zu dem Schluss, dass die ecuadorianische Regierung traditionell sehr wenig Möglichkeiten hatte, um in den Konflikten um die Ausbeutung des Erdöls in der Amazonasregion zu intervenieren. Dadurch prallten die Konfliktparteien ohne das vermittelnde oder ordnungspolitisch eingreifende Element der



Quelle: Thomas Müller

Regierung vor Ort direkt aufeinander. Die hier vorgestellten, konkreten Beispiele aus dem ZFD-Programm Ecuador belegen, welche konstruktive Unterstützung ein solches Programm in der Transformation von Umwelt- und Ressourcenkonflikten leisten kann.

Die Kostenkalkulation der kurzfristigen Gewinne aus der Abholzung der Urwälder lässt die langfristigen negativen Folgen außer Acht.

Neben flankierenden finanziellen Leistungen kommt der personellen Unterstützung eine herausragende Rolle zu. Denn der Ausbau von Analysekapazitäten (wie etwa im Rahmen des Regionalforums), die Verbreitung von Wissen über Kollektivrechte

Der Nebelwald Ecuadors ist für seine Biodiversität bekannt.



Quelle: Thomas Müller



(wie etwa die „Escuela de Derechos“ von CIDES) oder die gemeinsame Erarbeitung von Dialog- oder Konfliktschlichtungsmethoden (wie z.B. das Dialogprogramm der FFLA) bedarf der Einführung, der gemeinsamen Anwendung und des Nachhaltens. Das kann in erster Linie über die Bereitstellung von zusätzlichem einheimischem oder internationalem Fachpersonal sichergestellt bzw. ermöglicht werden. Hier liegt auch die Stärke des Instrumentes ZFD. Aber das vom ZFD unterstützte Personal schafft – oft gemeinsam mit den Partnerorganisationen – auch neue, zusätzliche Räume des Dialogs und des Zusammentreffens, die von den Konfliktparteien selbst nicht mehr geschaffen werden können. Gleichzeitig können die Friedensfachkräfte und ihre Organisationen Brückenfunktionen zwischen Konfliktparteien übernehmen. Dies zeigt etwa die Rolle von Arcoiris oder FFLA im Konflikt um Nangaritza. Die Anfrage der ecuadorianischen Regierung an den ZFD in Ecuador, den Dialogprozess zum Bergbaukonflikt zu moderieren, ist ein weiterer Beleg dafür, dass auch von den ecuadorianischen Akteuren dieses Potenzial des Fachpersonals des ZFD gesehen und genutzt wird. Das Ausüben dieser Funktionen basiert häufig auf einem Vertrauensvorsprung, den die Konfliktparteien konkreten Organisationen und Personen geben. Dieses Vertrauen müssen sich die Fachkräfte des ZFD oft erst mühsam aufbauen und können sie im Laufe eines Prozesses auch unter Umständen wieder verlieren. Aber ein solches Vertrauenspotenzial ist letztendlich personenabhängig und bedarf daher weiterhin der

Unterstützung durch einheimisches und internationales Fachpersonal.

Der Zivile Friedensdienst des DED in Ecuador zeigt, dass mit den Instrumenten der personellen Förderung eine Unterstützung der gewaltfreien Bearbeitung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten auf unterschiedlichen Ebenen (lokal, regional, national) möglich und auch sinnvoll ist. Der ZFD kann im Rahmen einer Präventionsstrategie weiterhin dabei helfen, Auslöser (*trigger*) von gewaltsamen Konflikten vor Ort zu vermeiden, aber auch an den strukturellen Bedingungen der Konfliktformationen auf nationaler Ebene mitzuarbeiten. Wie schon oben ausgeführt: Voraussetzung und Grundlage einer solchen Arbeit ist eine Vertrauensbasis, die sich die Friedensfachkräfte erarbeiten und erhalten müssen. Die Beiträge in diesem Fachheft legen Zeugnis davon ab, wie schwierig ein solches Unterfangen oft ist.

Die Bedeutung, aber auch das Gewaltpotenzial, von Umwelt- und Ressourcenkonflikten nimmt zu. Zwar ist der Klimawandel häufig nicht der Auslöser dieser Konflikte. Aber die Tatsache, dass sich durch den Klimawandel auch die natürlichen Ressourcen verändern, verschärft die oft bereits existierende Konflikträchtigkeit. Die Entwicklungszusammenarbeit beginnt sich darauf erst nach und nach einzustellen. Das Instrument des Zivilen Friedensdienstes sollte daher auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag in Lateinamerika zur Transformation von Umwelt- und Ressourcenkonflikten leisten.

*Lothar Rast ist Politikwissenschaftler und Publizist und Dr. Phil. für Internationale Beziehungen. Seit März 2005 ist er Landesdirektor des DED Ecuador, von 2000 bis 2005 war er Leiter des Referats Ziviler Friedensdienst im DED.*

## Der DED

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) ist einer der führenden europäischen Personalentsendendienste in der Entwicklungszusammenarbeit. Er ist in 47 Ländern im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) tätig. Seit seiner Gründung im Jahr 1963 haben sich weltweit rund 16.000 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer dafür eingesetzt, die Lebensbedingungen von Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu verbessern.

Der DED tritt im Auftrag seiner lokalen Partner für eine Minderung der Armut und eine selbstbestimmte, nachhaltige Entwicklung ein. Er arbeitet mit am Aufbau von Kapazitäten in der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, unterstützt die demokratische Entwicklung durch die Stärkung von Zivilgesellschaft und Kommunen, fördert die ländliche Entwicklung und Ressourcensicherung und setzt sich für effiziente Gesundheitssysteme sowie eine zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung ein. Die zurückgekehrten Fachkräfte unterstützen der DED darin, aktiv

zur entwicklungspolitischen Bildung und damit zu einer offenen und toleranten Gesellschaft in Deutschland beizutragen.

Mit dem Nachwuchsförderungsprogramm (NFP) gibt der DED Berufsanfängern die Möglichkeit, berufliche, interkulturelle und entwicklungspolitische Erfahrungen in einem Partnerland zu sammeln.

Im Freiwilligendienst „weltwärts mit dem DED“ können junge Erwachsene durch das Leben und Lernen in einer anderen Kultur interkulturelle Kompetenzen erwerben.

## Impressum

### Herausgeber:

Deutscher Entwicklungsdienst (DED) gGmbH  
DED Ecuador  
Av. Amazonas N39-234 y Gaspar de Villarroel  
Quito - Ecuador  
Tel.: 00593-(2) 2432 738  
Fax: 00593-(2) 2468 588  
E-Mail: ecu@ded.de  
Web: <http://ecuador.ded.de>

### Redaktion:

Angela Krug (verantwortlich), Alejandro Christ

### Übersetzungen:

Alejandro Christ

### Fotonachweis Umschlag:

Michael Buss

### Gestaltung und Druck:

IÁCOBOS Diseño & Impresión  
Quito - Ecuador

Quito 2010



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

**zfd** Ziviler Friedensdienst

**ded**

Deutscher  
Entwicklungsdienst

Tulpenfeld 7

D-53113 Bonn

Fon: +49 (0) 228 24 34-0

Fax: +49 (0) 228 24 34-111

E-Mail: [poststelle@ded.de](mailto:poststelle@ded.de)

Internet: [www.ded.de](http://www.ded.de)